10. Ausgabe
Januar/Februar 19
2,- Mark

# Gladio- Schwert in rechter Hand?
# Völkische Ahnenpflege
# Tod in Göttingen




INFO IONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

# Inhalt



**Impressum**
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Eigendruck
Tel. 0511/34 10 36
Satz und Layout: R.Simon & H. Phillipp
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

# Editorial

*Die Welt steht vor einem Krieg, dessen Folgen kaum abzusehen sind. Truppenteile der Bundeswehr in der Türkei, machen deutlich, daß das neu-vereinigte Deutschland auch militärisch eine Großmacht-Stellung anstrebt. Trotz dieses brisanten Themas haben wir uns für einen anderen Schwerpunkt entschieden. Ein Skandal, der weitgehend kritiklos unter den Teppich gekehrt wurde: Gladio, die europaweite geheime NATO-Terrororganisation unter USA-Kommando. Vorläufer und US-Dossiers lassen Verbindungen zu Neofaschisten wahrscheinlich erscheinen. Grund genug diesem Thema nachzugehen.*
*Ein Wort in eigener Sache: In der Celler Antifa-Zeitung "Schlaglichter" wurde der Mitinitiator des Projektes "Rechter Rand", Wolfgang Becker , massiv wegen seiner Recherchen in Sachen Wehrsportgruppe Uwe Jürgens angegriffen und sogar unterschwellig als Gegner , bzw VS-Agent verdächtigt. Ein Vorwurf, der jeglicher Grundlage entbehrt. Zweifler mögen die Veröffentlichungen Wolfgang Beckers im Rechten Rand und anderen Medien zur Entscheidung heranziehen. Auch die Vorgehensweise, einen verleumdenden Artikel anonym zu veröffentlichen, ohne vorher den Betroffenen mit den Vorwürfen konfrontiert zu haben, weisen wir als Redaktion zurück. Unter AntifaschistInnen sollte eine kritische, aber im Kern solidarische Umgangsweise selbstverständlich sein.*
*Erfreulich dagegen: Für die nächste Ausgabe hat die Bonner Initiative ein Register für die ersten zehn Ausgaben des Rechten Randes versprochen. Da wir - anders als im "blick nach rechts" angekündigt - zweimonatlich erscheinen, müssen wir darum bitten, längere Artikel (über eine Schreibmaschinenseite) mit uns abzusprechen . Wir sind sonst gezwungen, Artikel unberücksichtigt zu lassen oder aber massiv zu kürzen - immer in Gefahr, die AutorIn zu verärgern.*
*Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe des Rechten Randes ist der 20. Februar.*

**Dieser Ausgabe liegt ein Aufruf für die Antifaschistische Konferenz Niedersachsen bei.**

## LeserInnenbriefe

Ich habe mit Interesse Eure Zeitschriftenschau in der Nummer 9 gelesen. Wir von der "Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik" geben ein 14-tägig erscheinendes Nachrichtenblatt heraus mit dem Titel "Antifaschistische Kommunalpolitik". Uns scheint, daß unsere Publikation evtl. auch für Leserinnen und Leser des "Rechten Rand" interessant wären:
Wer sich mit lokaler antifaschistischer Politik in den Kommunen beschäftigt, der findet in der "Antifaschistischen Kommunalpolitik" Berichte, Analysen und Diskussionsbeiträge dazu. Neben der Entwicklung von Kommunalfinanzen, Kommunaler Wirtschafts- und Wohnungspolitik kommen insbesondere auch Themen zur Sprache wie die Kommunalpolitik von faschistischen Gemeinderatsmitgliedern und die Möglichkeiten einer antifaschistisch wirkenden Kommunalpolitik. Das Heft erscheint vierzehntägig mit acht Seiten und kostet mit Porto 57,20 DM. Bestellung und Probehefte über GNN, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln.

*B. F., Weinheim*

Ich lese schon seit einiger Zeit den "Rechten Rand" und finde es erfreulich, daß Ihr Euch nicht mehr auf Niedersachsen beschränken wollt.
Eines stört mich aber an Eurer Zeitung immer wieder: Bei grundsätzlichen Artikeln etwa über die "Unitarier" oder die "Mun"-Sekte etc. finden sich keinerlei Quellenhinweise. Sicher habe nicht nur ich das Bedürfnis, mich mit bestimmten Dingen noch einmal ausführlicher zu beschäftigen. Ein Hinweis wäre da schon ganz nützlich und sollte eigentlich selbstverständlich sein.
Nebenbei: In dem Artikel über Roland Bohlinger (Sept. 1990, S.7) wird vom "antisemitischen DLRV-Vorsitzenden" gesprochen, ohne daß der schwerwiegende Vorwurf des Antisemitismus im Text belegt wird. Durch Zufall habe ich in dem brandneuen Buch "Rechtsextremismus in der DDR" (Lamuv-Verlag, Ködderitzsch/Müller, Oktober 1990, S.112ff) ein Zitat Bohlingers gefunden, das diese Einschätzung rechtfertigt. Er knüpft da in perfider Weise an die antisemitische Propaganda der Faschisten der NS-Zeit an: "Sind die angestrebten 'Vereinigten Staaten von Europa' vielleicht sogar nur eine Durchgangsstation, nämlich die Vorstufe zu einer Weltrepublik, in der dann die Identität und Freiheit aller Völker endgültig aufgehoben werden soll? Nun, das sind recht unintelligente Bestrebungen bestimmter imperialistischer Kreise, lassen wir das darum einmal dahingestellt. Es gibt ja noch einiges mehr zu beobachten. Da sind zunächst die Juden. In letzter Zeit wanderten einige Tausend von ihnen in Bonn und Berlin ein. Sie kamen aus Israel und waren offenbar bestens ausgebildet. Einige von ihnen gelangten schon nach kurzer Zeit in Schlüsselstellungen. Was dieser Vorgang wohl zu bedeuten hat? Hat das mit dem Niedergang der USA und der UdSSR zu tun? Bereitet man sich auf kommende große Gewichtsverlagerungen in der Welt vor?".
Die Juden versuchen also wieder, das zukünftige "Weltmachtzentrum Deutschland" in seinen Schlüsselpositionen zu besetzen. Lupenreine Nazi-Propaganda!

*K.-D. H., Hamburg*

Anmerkung der Redaktion:
Vielen Dank für die Ergänzung. In Zukunft werden wir uns bemühen, entscheidende Quellen, bzw. weiterführende Literatur am Ende grundlegender Artikel anzuführen.

Klaus Harbart

# Gladio - ein "Schwert" in rechter Hand

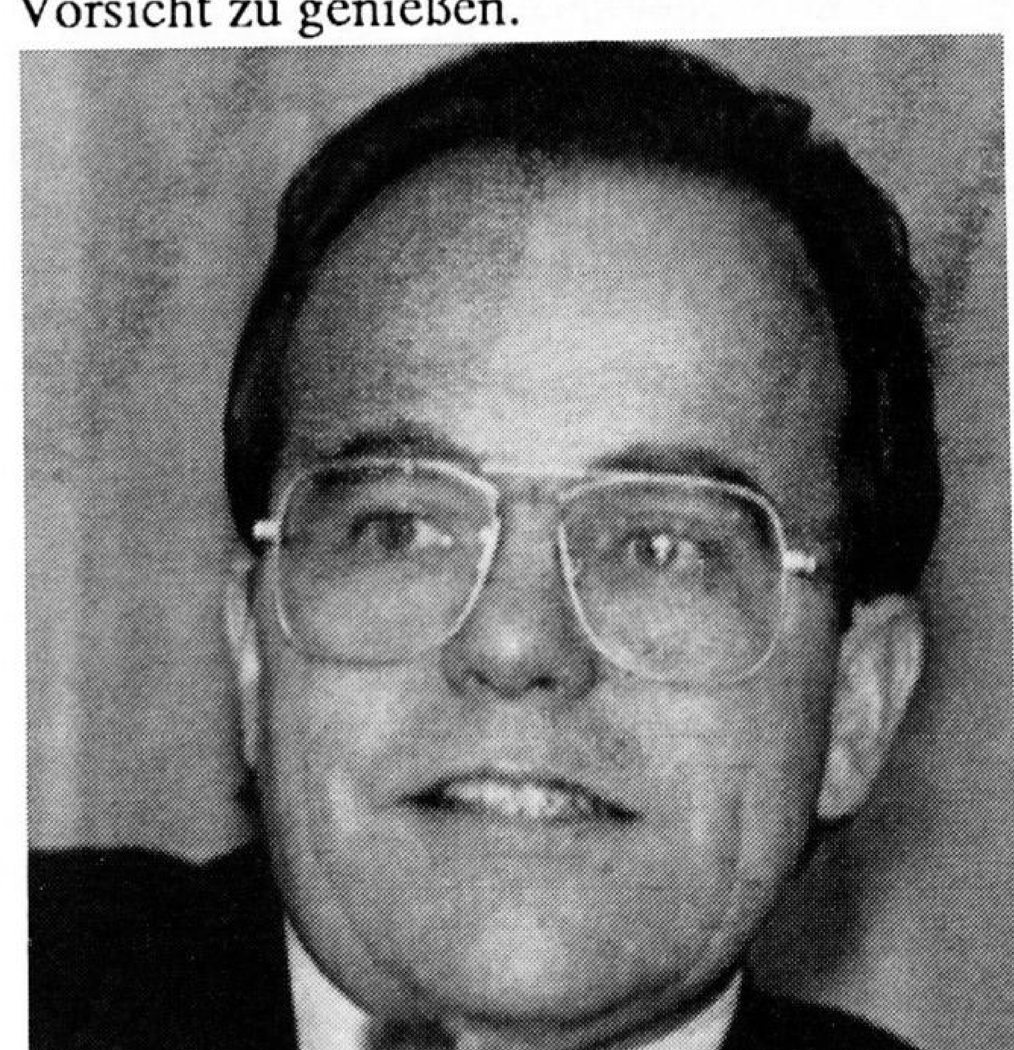
**Im Herbst 1990 wurde in Italien die Existenz der Nato-Geheimarmee "Gladio" bekannt. Nacheinander mußten fast alle europäischen Regierungen das Vorhandensein ähnlicher Geheimdienst-Truppen eingestehen, die sich hinter Namen wie "Gladio", "Haut des roten Bockes", "Schweigenetz" oder auch "stay behind" verbargen. Dazu schreibt Leo A. Müller in seinem gerade erschienen Buch "Gladio - das Erbe des Kalten Krieges": "Wenn sich herausstellen sollte, daß auch nur ein Zipfel der Verdächtigungen, die zum Beispiel in der Türkei, in Griechenland und in Italien über die Verwicklung in rechtsterroristische Aktionen geäußert werden, zutrifft, dann handelt es sich bei Gladio um die größte terroristische Vereinigung in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges."**

Durch den auszugsweisen Abdruck eines geheimen Regierungsdossiers im "Spiegel" wurde bekannt, daß die Geheimorganisation seit 1954 vom "Clandestine Committee for Planing" bzw. seit 1964 vom "Allied Clandestine Committee" (ACC) im obersten militärischen Hauptquartier der NATO, Shape, koordiniert wurde. 1959 sei der Bundesnachrichtendienst (BND)- aufgrund einer "sehr frühen schriftlichen Verpflichtungserklärung" gegenüber der NATO - einbezogen worden.

Nach Presseberichten wurden erste Ansätze für eine Geheimarmee 1948 von den USA in Italien initiiert, um bei einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in Aktion treten zu können. In dem Geheimdokument 10/2 des "National Security Council" (NSC) vom Juni 1948 wird der Handlungsrahmen benannt, in dem sogenannte verdeckte Operationen stattzufinden hätten, die "gegen feindliche fremde Staaten oder Gruppen oder aber zur Unterstützung befreundeter Staaten und Gruppen durchgeführt oder finanziert werden", "jedoch derart geplant und ausgeführt werden, daß keine Verantwortlichkeit der US-Regierung erkennbar wird und im Fall der Aufdeckung die US-Regierung plausibel jedwede Verantwortung bestreiten kann."

In diesem Papier wird bereits von vorbeugenden Direktmaßnahmen, einschließlich Sabotage, Anti-Sabotage und Zerstörung gesprochen. Leo A. Müller zitiert in seinem Buch ein Mitte der 60er Jahre verfaßtes "Top-secret"- Dokument des US-Generalstabs, welches belegt, daß die USA unter dem Stichwort "Demagnetize" schon damals bereit waren, Aktivitäten wie "Gladio" zu entfalten, auch unter Umgehung der jeweiligen Regierungen: "Das oberste Ziel des Planes ist es, die Kraft der Kommunistischen Parteien, ihre materielle Basis, ihren Einfluß auf die italienische und französische Regierung und speziell auf die Gewerkschaften zu verringern, um so die Gefahr einer Einnistung des Kommunismus in Italien und Frankreich und damit die Gefahr einer Beeinträchtigung von US-Interessen auf ein Minimum zu reduzieren (...). Die Beschränkung der Macht der Kommunisten in Italien und Frankreich ist ein vorrangiges Ziel und muß mit jedem einsetzbaren Mittel betrieben werden (...) Die italienische und die französischen Regierung darf von dem Projekt "demagnetize" nichts wissen, da es klar ist, daß dieses mit der jeweiligen nationalen Souveränität in Kollision geraten könnte."

Das Eigenleben der NATO-Geheimorganisation lief zumindest in Italien darauf hinaus, daß die jeweiligen "Mitarbeiter" als "Zellen" verstanden wurden und jeweils neue, nur von ihnen zu aktivierende "Gladiatoren" anwarben. Deren persönliche und politische Identität war zentral nicht mehr kontrollierbar. (Der italienische Gladio-General **Paolo Inzerillo** sprach in diesem Zusammenhang von einer "St. Antonius-Kette"). Angaben über Anzahl und politische Integrität der geheimen Truppen sind daher mit äußerster Vorsicht zu genießen.



*Geheimdienstkoordinator Lutz Stavenhagen (CDU)*

Doch nicht nur im Selbstlauf bestand die Gefahr, daß sich alte und neue Faschisten in den Strukturen dieser geheimen Truppe einnisten, bzw. diese für sich nutzbar machen konnten. Wiederum in Italien wurde nachgewiesen, daß die Geheimdienstchefs, die die NATO-Partisanen in der Gründungsphase auswählten, allesamt Mitglieder der Geheimloge "Propaganda 2"(P2) waren. In der Folgezeit bestand eine enge Verflechtung zwischen der P2 und dem italienischen "Gladio".
Vorschläge aus "Gladio"-Reihen, alle auffindbaren Kommunisten zu liquidieren, veranlaßten den ehemaligen italienischen Gladio-Aufseher, General **Gerardo Serravalle**, die "Hitzköpfe" zu entwaffnen. Auf seinen Befehl hin sollten die bestehenden Waffendepots verlagert bzw. in Armeekasernen untergebracht werden. Serravalles Chef aber, der heutige Abgeordnete des neofaschistischen MSI, **Vito Miceli**, widerrief diesen Befehl bzw. ließ ihn nicht weiterverfolgen. Spuren von Gladio führen auch zu den Putschplänen des Carabinieri-Generals und Geheimdienstchefs **De Lorenzo** 1964 und des Fürsten **Valerio Borghese** 1970, zu Attentaten auf einzelne Politiker, zum Mord an Aldo Moro und verschiedenen Sprengstoffanschlägen. Unter anderem auf den Bahnhof von Bologna, wo im Jahre 1980 achtzig Menschen starben und 200 verletzt wurden. .

Enge Verbindungen zwischen rechtsterroristischen und den NATO-Aktivitäten sind mittlerweile auch in der Türkei mit den "Grauen Wölfen", in Belgien in Form einer weiteren Geheimorganisation "Catena", in Schweden mit der "Waffenbrüderschaft Sveaborg" und in Spanien nachgewiesen worden. In fast allen Ländern, in denen "Gladio" existierte, hatten Mitglieder dieser Organisation Zugang zu geheimen Waffenlagern.

Die Bundesregierung kündigte nach Bekanntwerden von "Gladio" umgehend die Auflösung des deutschen Teils der Truppe an und verharmloste deren Aktivitäten. Die meisten Medien spielten mit. Einer Nachfrage der TAZ wurde entgegnet, daß sie sich mit dem Gedanken vertraut machen müsse, daß es "auch in unserem Staat geheime Dinge gibt, die nicht für die Diskussion in der Öffentlichkeit bestimmt sind".

Auch auf parlamentarischer Ebene hielt die Empörung nur kurze Zeit: Der SPD-Abrüstungsexperte Scheer forderte die strafrechtliche Verfolgung und der SPD-Vertreter in der "Parlamentarischen Kontrollkommission" (PKK) Penner die Offenlegung der "mafiotischen Verstrickung" der Geheimorganisation. Als dann die Grünen eine öffentliche Debatte im Bundestag einforderten, wurde ihr Antrag von allen anderen Fraktionen einschließlich der SPD abgelehnt und die Erörterung unter Ausschaltung der Öffentlichkeit in die PKK verwiesen, in der die Grünen nicht Mitglied sind. Mit dem Eingeständnis des ehemaligen Kanzleramtschefs Manfred Schüler, auch die sozialliberale Schmidt-Regierung habe von der Existenz gewußt, wurde deutlich, daß sich das Thema "Gladio" für die SPD nicht als Wahlkampfthema eignete.

Das Ergebnis der PKK-Sitzung war dürftig und blieb sogar hinter den in der Öffentlichkeit bekannten Fakten zurück: Mit Millionensummen unterstützt habe der BND ein "Quellennetz" aus 50 militärischen, 125 allgemeinen und 25 "Schleusungsquellen" aufgebaut, um "im Fall einer feindlichen Invasion hinter den feindlichen Linien Nachrichten (zu) sammeln und auch mal abgeschosse-

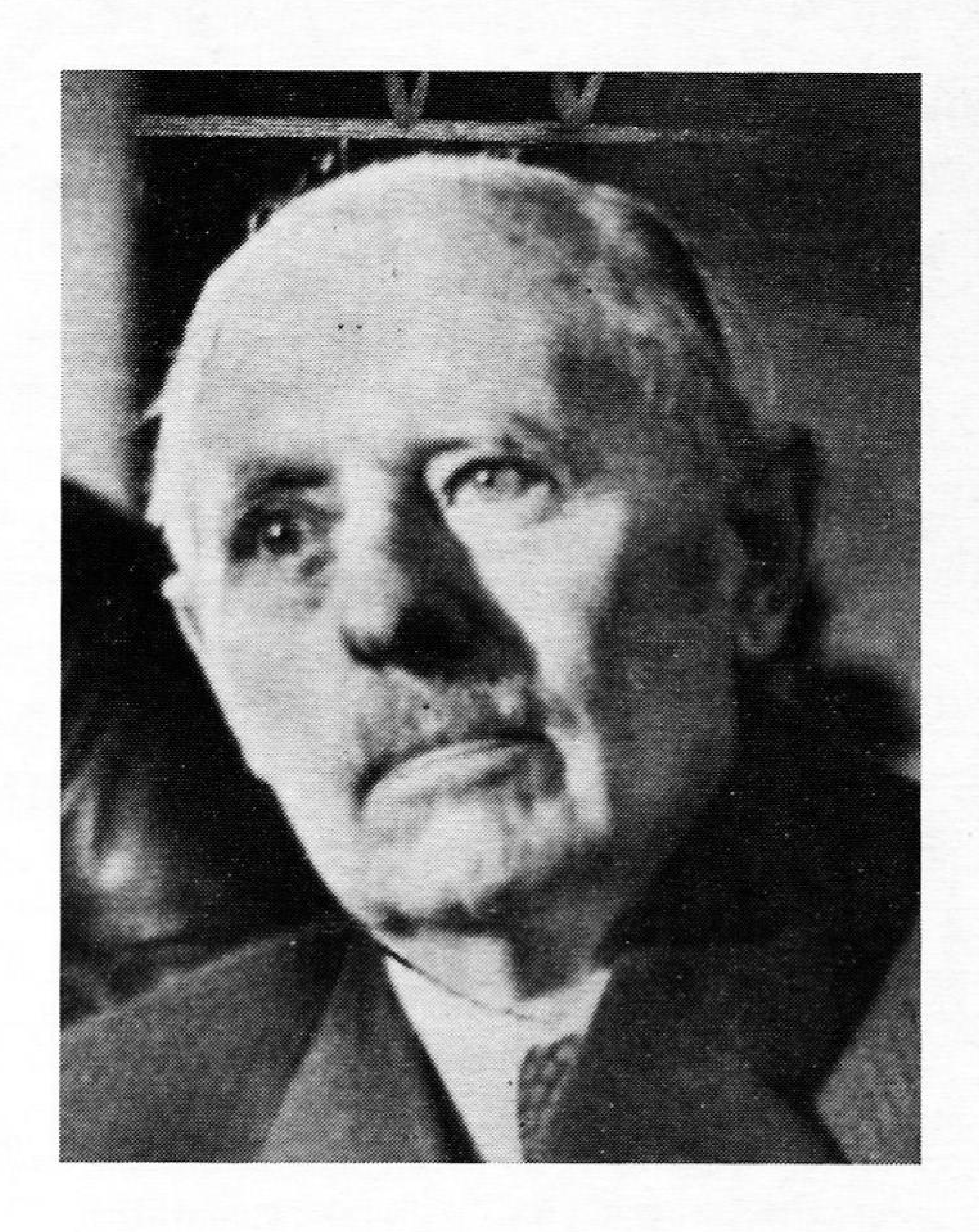
ne Piloten aus(zu) schleusen", erklärte der für die Koordinierung der Geheimdienste zuständige Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU) nach der Sitzung. In den 70er Jahren hätten "über 200 Leute" im Dienste der Geheimarmee gestanden . Doch die Widerstandskomponente - so Stavenhagen - sei allmählich reduziert und die Sabotageeinheiten 1983 abgebaut worden. Aktuell seien "nur noch ein paar Dutzend BND-Mitarbeiter" dafür zuständig.

Die Veröffentlichung des jüngst erfolgten Ankaufs von 854 hochmodernen Funkgeräten der Marke "Harpune" durch den BND im Wert von 130 Mio. DM sollte die Öffentlichkeit von dem ursprünglichen Sabotageauftrag der Geheimarmee ablenken und damit die Regierungsversion stützen, die BND-Truppe habe sich stets im Rahmen des Auftrags bewegt, bei einer möglichen Invasion der Bundesrepublik Nachrichten an eine deutsche Exilregierung zu übermitteln.

Anders als z. B. in Italien habe der deutsche Zweig von "Gladio" "nie innenpolitische Aktivitäten gegen irgendjemand" entfaltet. Scharf dementierte Stavenhagen "angebliche Verbindungen zu Rechtsextremisten. Die von Rechtsextremisten seinerzeit in der Lüneburger Heide angelegten Waffenverstecke hätten mit der "Stay-behind"-Truppe nichts zu tun.

Merkwürdig wäre es schon, daß ausgerechnet der deutsche Zweig von "Gladio" nichts mit Waffenverstecken und Verbindungen zu Faschisten zu tun gehabt haben soll. Wurde er doch von alten Nazis aufgebaut, die nach 1945 in dem amerikanisch finanzierten BND-Vorläufer, der "Organisation Gehlen", schnell wieder Verwendung fanden. Der ehemalige Abwehroffizier **Reinhard Gehlen** (vor 1945 zuständig für den Bereich "Fremde Heere Ost") war von 1955 bis 1968 erster Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

Und auch die amerikanischen Hintermänner und Finanziers dürften kaum Probleme mit der Verwendung faschistisch Vorbelasteter gehabt haben, da sie in der antikommunistischen Zielsetzung übereinstimmten.



*BND- Chef mit Vergangenheit: Reinhard Gehlen*

Schnell und ohne Einschränkung erklärte nach der Gladio-Enthüllung in der Bundesrepublik der Geheimdienstkoordinator Stavenhagen, daß es keinerlei Kontakte der "Stay-behind"-Truppe zu Rechtsextremisten gegeben habe. Zwei inzwischen gut recherchierte Begebenheiten lassen an dieser Behauptung zweifeln.

## Ein Gladio-Vorläufer - Der Bund Deutscher Jugend

Bereits 1952 war eine vom amerikanischen CIA initiierte und finanzierte Partisanenarmee aufgeflogen. Der "Bund deutscher Jugend"(BDJ) wurde 1950 gegründet und von dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden **Adolf von Thadden** als "selbstverständlich rechtsradikale Organisation" eingestuft. Mitglieder für seine stramm antikommunistische Arbeit rekrutierte er aus den Reihen ehemaliger Soldaten der faschistischen Wehrmacht bzw. der Waffen-SS. Politisch und finanziell unterstützt wurde der BDJ durch das Gesamtdeutsche Ministerium der Bundesregierung.



*BDJ- Partisan Dieter von Glahn*

Im Schatten des BDJ gründeten 1951 auf Anweisung eines us-amerikanischen Geheimdienstmannes BDJ-Funktionäre eine Guerilla-Armee, die unter dem Namen "Technischer Dienst", bzw. "Organisation Peters" firmierte und vom CIA mit monatlich bis zu 50.000 DM finanziert bzw. ausgebildet worden ist. "Unser Auftrag und unsere Organisation", sagt der ehemalige niedersächsische BDJ-Funktionär und Organisator für den TD Oldenburg/Bremen, **Dieter von Glahn**, im "Spiegel", "waren deckungsgleich mit dem, was man heute über 'Gladio' weiß".

Der ehemalige Abwehroffizier der faschistischen Wehrmacht und spätere CDU-Rechte bzw. Republikaner berichtet weiter, daß die BDJ-Partisanen im Falle einer Invasion durch die Rote Armee "Nachschubstrecken und isoliert gelegene Wachgarnisionen angreifen und zerstören" sollten.

Dafür legte der TD "Depots (an), in denen Nachrichtentechnik, Funkgeräte, aber auch Waffen aufbewahrt wurden". Ausgebildet wurden etwa 130 BDJ-Mitglieder, fast durchweg ehemalige Unteroffiziere und Offiziere, in einer Schulungsstätte in Waldmichelbach im Odenwald.

In Vernehmungen, so berichtet Leo A. Müller, hätte der TD-Führer **Hans Otto** gestanden, daß sie ein amerikanischer Offizier beispielsweise darin unterrichtete, wie "man einen Menschen töten könne, ohne daß nachher etwas über den Hergang der Tat feststellbar sei", oder über "Vernehmungen, ohne daß später Gewaltanwendungen nachgewiesen werden könnten". Zum Unterrichtsstoff habe, "das Schießen mit schallgedämpften Pistolen, der fachmännische Umgang mit Sprengstoffen, die Übung an amerikanischen, russischen und deutschen Waffen und das Aufstellen von Autofallen" gehört.

Doch wie in Italien hatte der BDJ/TD auch eine innenpolitische Komponente. Die richtete sich "gegen die KPD, vor allem aber gegen die SPD", erklärte der damalige hessische Ministerpräsident Zinn am 8. Oktober 1952 vor dem Landtag. Für den Tag X wurden sog. "Proskriptionslisten" erstellt, auf denen Personen erfaßt wurden, die dem BDJ der möglichen Kollaboration mit der Roten Armee verdächtig erschienen. Den Sinn dieser Listen erläuterte später der für die Kartei zuständige BDJ-Partisan **Hans Breitkopf**: "Alle Angehörigen der aufzustellenden Widerstandsgruppe sollten am Tag X die Personen dem bolschewistischen Zugriff entziehen, die bereits jetzt aktiv für den Bolschewismus, Kommunismus, tätig waren. Ich denke mir, daß diese Personen deswegen dem Zugriff der Russen entzogen werden sollten, damit sie keine Möglichkeit haben, ihre Gegner an die Russen zu verraten."

Nach dem Auffliegen des TD im damals sozialdemokratisch regierten Hessen wies Ministerpräsident Zinn darauf hin, daß die Führer der Organisation darunter ein "Beseitigen, notfalls mit der Waffe", verstanden. Auf Listen, die in Hessen aufgefunden wurden, und die noch nicht fertiggestellt waren, befanden sich die Namen von 15 Kommunisten und 80 zum Teil prominenten Sozialdemokraten, wie z.B. Herbert Wehner.

Zwar wurde der BDJ/TD 1952 in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern verboten, doch die Verfahren gegen die leitenden Funktionäre wegen Geheimbündelei, staatsfeindlicher Tätigkeit in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung, Bildung eines Mordkomplotts wurden am 6. Juni 1957 auf Antrag der Bundesanwaltschaft durch den Bundesgerichtshof außer Verfolgung gesetzt. War es doch nach Meinung des Bundesgerichtshofes Ziel des BDJ, "für die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen totalitäre Bestrebungen jeder Art zu kämpfen." Folgerichtig habe, so die Aussage des Ex-Partisanen von Glahn, der Verfassungsschutz in Hannover die "Proskriptionslisten" komplett übernommen.

Auf die Existenz einer bereits 1952 europaweit existierenden Guerillaorganisation der USA wies der "Spiegel" bereits am 29. Ok-

tober 1952 hin, allerdings ohne auf nennenswerte Resonanz zu stossen, bzw. das Thema weiter zu verfolgen: "Die BDJ-Affäre hat in den Hauptquartieren des amerikanischen Geheimdienstes in Europa erhebliche Beunruhigung ausgelöst. Der 'Technische Dienst' in Deutschland ist nämlich nur ein Zweig einer über ganz Europa verbreiteten und von den Amerikanern unterstütze Partisanen-Organisation, deren Schwergewichte in Frankreich, den Benelux-Ländern, Italien aber auch auf der Iberischen Halbinsel liegen. In Frankreich wurde diese Organisation bereits 1948 unter Förderung des Sozialistenführers Jules Moch aufgezogen."

Auch in den folgenden Jahren dürfte eine Rekrutierung für die "verdeckte Arbeit" der USA aus den Reihen ehemaliger faschistischer Parteigänger ihre Fortsetzung gefunden haben. Der damalige Berater beim amerikanischen "Amt für psychologische Kriegsführung" ("Psychological Strategy Board", PSB) und spätere US-Außenminister Henry Kissinger schrieb im Juli 1952 in einer vom Kalten Krieg diktierten PSB-Analyse: "In Deutschland gibt es einen großen Haß auf die Sowjetunion, der von denjenigen, die aus Ostdeutschland vertrieben wurden, und von den ehemaligen Kriegsgefangenen, die in Rußland waren, und von dem russischen Verhalten in Ostdeutschland am Leben gehalten wird. Trotzdem kann dieses Gefühl keine Form des Ausdrucks finden, denn es ist unorganisiert und hat keinen Fokus. Es sollte möglich sein, deutsche Organisationsstrukturen zu fördern, um diese Gefühle zu lenken: Vereinigungen von früheren Kriegsgefangenen (die vielleicht heimlich ohnehin existieren) könnten exzellente Träger werden."

## Waffenfunde in der Lüneburger Heide

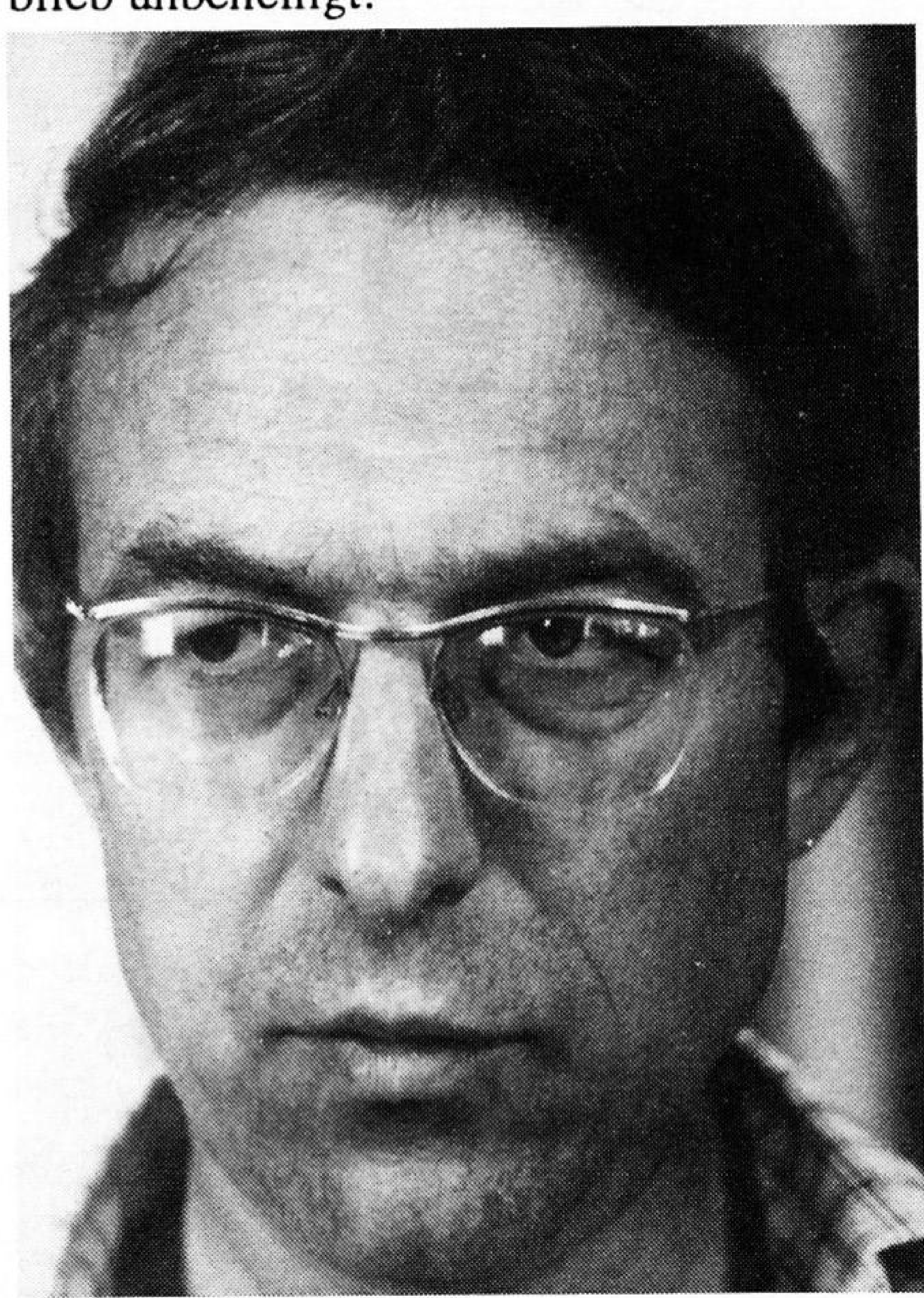
Damals, am 26. Oktober 1981, fand ein Waldarbeiter im Süsinger Forst bei Uelzen vier im Waldboden vergrabene Kisten mit Gewehrmunition und Sprengstoff. In den folgenden Tagen führte der festgenommene Forstwirtschaftsmeister **Heinz Lembke** die ermittelnden Polizeibeamten zu weiteren Depots, in denen sich u.a. 14 Schußwaffen, 156 kg Sprengstoff, 50 Panzerfäuste, 258 Handgranaten, 13500 Schuß Munition, Giftstoffe wie Arsen und Zyankali sowie Bundeswehrvorschriften zu Themen wie Schießen und Sprengen befanden. Akribisch genau, "wie ich sie bisher bei keinem Straftäter gefunden habe", so der leitende Kriminaldirektor Nitzschmann, hatte der 1937 in Stralsund geborene Lembke die Lage und den Inhalt der einzelnen Depots festgehalten.

Das Ausmaß der aufgefundenen Waffen rief bei dem damaligen Ministerpräsidenten Albrecht Erstaunen hervor und veranlaßte ihn zu der Bemerkung, daß hier "ganz systematisch gearbeitet worden" sei. Ein Ermittlungsbeamter erklärte: "So viel kann man nicht stehlen, das muß geliefert worden sein."

Auf den ersten Blick schien klar, daß Heinz Lembke der Lagerverwalter einer faschistisch-terroristischen Organisation war. Fraglich schien lediglich, woher die Waffen (aus deutscher und amerikanischer Produktion) stammten. In den vorangegangenen fünf Jahren waren bei der Bundeswehr lediglich 17 Kilogramm Sprengstoff abhanden gekommen. Die Zulieferer mußten also ganz offensichtlich über andere Kanäle verfügt haben.

Zeitlich wäre es denkbar, daß der 1959 aus der DDR geflohene Lembke der Waffenwart einer der "stay-behind"-Sabotagegruppe gewesen ist, die angeblich laut Stavenhagen 1983 aufgelöst wurden. Für diese Annahme sprechen auch andere merkwürdige Begebenheiten.

Der ehemalige Bundesgeschäftsführer des 1962 verbotenen "Bundes Vaterländischer Jugend" und spätere NPD Kandidat Heinz Lembke war nicht nur wegen einer Schlägerei mit AntifaschistInnen (Freispruch in 2. Instanz) aktenkundig geworden. Nach dem Sprengstoff-Attentat auf das Münchner Oktoberfest 1980 durch den "Einzeltäter" **Gundolf Köhler** von der Wehrsportgruppe Hoffmann, bekam die Polizei Hinweise, daß Lembke der Sprengstoff-Lieferant gewesen sei. Bei einer Hausdurchsuchung wurde ein leeres Magazin für ein Bundeswehrgewehr und einige Rollen Zündschnur gefunden: Lembke aber blieb unbehelligt!



*Lembke- Freund Manfred Röder*

Wenige Monate später wurde er zu einer sechsmonatigen Erzwingungshaft verurteilt, da er in einem Verfahren gegen **Manfred Roeder**, der der Rädelsführerschaft für die terroristischen "Deutschen Aktionsgruppen "verdächtigt wurde, "grundlos" die Aussage verweigerte, einem wie der Generalbundesanwalt später befand "Ausfluß eines übersteigerten und fehlgeleiteten Treuebegriffs". Nach den ersten Waffenfunden und seiner Festnahme hieß es dann, er sei bereit auszusagen. Allerdings nur gegenüber einem bestimmten Beamten des Generalbundesanwalts, der habe ihn schon während der Erzwingungshaft im Roeder-Verfahren mehrfach "vergeblich" zu vernehmen versucht. Der Staatsanwalt reiste umgehend an und Lembke gab die anderen Waffen-Verstecke preis. Am folgenden Wochenende habe sich Lembke von den vernehmenden Beamten mit den Worten verabschiedet, er wolle überlegen, ob er zu weiteren Aussagen über diejenigen bereit sei, die diese Waffen benutzen sollten.

Dazu kam es nicht mehr, am 1. November 1981 war Lembke tot. Er wurde am Fensterkreuz seiner Zelle erhängt aufgefunden. Das von Lembke verwandte zwei Meter lange Elektro-Verlängerungskabel seines Radios war ihm einen Tag vor dem Selbstmord vom zuständigen Haftrichter genehmigt worden.

Ungewöhnlich ist: Der Staatsanwaltschaft Lüneburg ist nicht bekannt, ob Lembke in der Zeit zwischen dem Verhör und seinem "Selbstmord" Besuch erhalten habe. "Sein Selbstmord bereitet den Ermittlungsbehörden Kopfzerbrechen", meldete die "Welt": "Ermittlungsbeamte, die Lembke schon einmal vernommen hatten, schilderten ihn ... als Typ, dem man keinen Selbstmord zutrauen würde."

Er wolle nicht weiter zum Verräter werden, hinterließ Heinz Lembke auf einem Zettel. "Es ist Wolfszeit" stand auf einem anderen. Zwei Tage nach Lembkes Tod meldeten Medien, daß nun neben dem MAD auch die "zivilen Nachrichtendienste eingeschaltet" worden seien - also auch der Bundesnachrichtendienst. Einen Tag später wird die Öffentlichkeit darüber informiert, daß der Generalbundesanwalt den niedersächsischen Behörden die weiteren Ermittlungen entzogen und einer Sonderkommission des Bundeskriminalamtes übertragen habe, wegen der "Notwendigkeit bundesweiter Ermittlungen". Für den niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff grenzte die Ablösung der ermittelnden Beamten an einen "kriminaltaktischen Schildbürgerstreich".

Zwei Tage später verhängte die Bundesanwaltschaft eine Nachrichtensperre. Doch das hinderte den damaligen Parlamentarischen Staatssekretär von Schoeler nicht daran, am 25. November im Bundestag zu erklären, daß es keinen Zusammenhang zwischen Lembke, dem Bombenanschlag auf das Oktoberfest oder dem Mord an dem jüdischen Verleger Levin in Nürnberg gebe.

Derartige Vermutungen hatten einen realen Hintergrund: 1981 wurde in Italien die von der Geheim-Loge P2 verfolgte "Strategie der Destabilisierung" publik. Durch Druck über Medien und Lobby, aber auch durch Attentate sollte das Land reif gemacht werden für "die Errichtung eines autoritäreren Regimes". Der mit dem italienischen Gladio verbundenen Loge gehörten nahezu 1000 Politiker, Militärs, Geheimdienstchefs, Zeitungsverleger etc. an. Zahlreiche Morde u.a. der Bombenanschlag auf den Bahnhof in Bologna 1980 wurden der P" angelastet.

Vom Anschlag auf das Münchner Oktoberfest führten Spuren damals zum niedersächsischen Forstmeister Lembke. Auch dieses Attentat, kurz vor der Bundestagswahl mit dem Kandidaten Strauß war von einem "Einzeltäter" mit dem Ziel der Destabilisierung begangen worden.

Ein Jahr später, am 3. Dezember 1982, wurde die Einstellung des Lembke-Verfahrens bekanntgegeben. Aus den Ermittlungen gegen eine terroristische Vereinigung war ein toter "Einzeltäter" geworden, die Gruppe um Lembke wurde zu geringen Geldstrafen verurteilt und der geständige Waffenlieferant, der Lüneburger Oberfeldwebel **Schnasse**, kam mit einer Geldstrafe von 2000 Mark davon.




*Herkunft blieb ungeklärt: Panzerfaustgranaten aus Lembkes Depots*

In der Presseerklärung des Generalbundesanwalts vom 3. Dezember 1982 heißt es, daß "Heinz Lembke ... freiwillig aus dem Leben geschieden ist". Lediglich die Herkunft von drei Waffen habe geklärt werden können. Die Munition stamme aus einer privaten Delaborierungsfirma, die für Bundeswehr und NATO-Stellen tätig ist. Wie sie allerdings in Lembkes Besitz gekommen sei, sei nicht mehr feststellbar. Gegen keinen der Angehörigen dieser Firma habe sich ein hinreichender Verdacht ergeben, Lembke die Munition oder Sprengstoff überlassen zu haben. Hinsichtlich der Herkunft der Panzerfäuste, der Giftstoffe und der schriftlichen Anleitungen seien die Ermittlungen ebenfalls erfolgslos geblieben.
Lembke's Aussage in einem Verhör, ob sich die Polizeibeamten denn nicht vorstellen könnten, daß man die Waffen auch für andere Zwecke als für Attentate brauchen könne, verlieh die Bundesanwaltschaft eine heute "Gladio"gemäße Interpretation: Die Ermittlungen hätten "keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Lembke die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch Sprengstoffanschläge oder Mordtaten erschüttern wollte." Für die Mitgliedschaft Lembkes in einer terroristischen Vereinigung, gebe es keine ausreichenden Anhaltspunkte. Vielmehr habe Lembke eine Invasion aus dem Osten befürchtet, gegen die er einen "Partisanenkrieg" führen wollte. Es sei daher nicht auszuschließen, "daß er die aufgefundenen Kampfmittel gesammelt und über mehrere Jahre hinweg vergraben hat, um bei einem von ihm befürchteten Angriff Widerstand leisten zu können."
Fragen nach möglichen anderen Zusammenhängen, die Lembke u.a. mit dem Rechtsterroristen Manfred Roeder und dem Wehrsportgruppenchef **Uwe Jürgens** verbanden, blieben bis heute offen. Verbindungen bundesdeutscher "Gladiatoren" zum Fall Lembke bzw. faschistischen Terroristen müssen vorerst spekulativ bleiben und bedürften einer eingehenden öffentlichen Untersuchung.

Quellen:
Leo A. Müller, Gladio - das Erbe des Kalten Krieges, Reinbek 1991
Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik I u. II, Opladen 1984
Der Spiegel vom 15.10.52, 29.10.52, 3.12.52; Nr. 41/1985, 48/1990
Stern, Nr. 47/90
Antifaschistische Initiative Hannover, "Schulung an technischem Gerät", Hannover, o.J.
PDI-Blick nach rechts, Nr. 51 und 53
Pressemitteilung der Generalbundesanwaltschaft vom 7.12.1982
Protokoll der Sitzung des Deutschen Bundestages am 25.11.81
Verschiedene Tageszeitungen vom 2.-5.11.1981 und vom November 1990

Otto Geschke

# Neonazis morden in Göttingen

**Am frühen Silvestermorgen um 0.15 Uhr erstachen die beiden Neonazis Oliver Simon und Sven Scharf im Göttinger Stadtteil Rosdorf den 21jährigen Alexander Selchow. Nach dem bisherigen Kenntnisstand soll der Tat ein Streit zwischen Alex und einer Gruppe Neonazis vorausgegangen sein, die im Nachbarhaus Silvester feierten. Die Neonazis sollen zuvor mehrmals Feuerwerkskörper auf den Balkon der Eltern von Alex geworfen haben. Unter den feiernden Neonazis waren auch Simon und Scharf. Als Alex mit einem Bekannten das Haus wieder verlassen hatte, sollen die beiden Nazis vor Gästen gesagt haben, sie gingen jetzt einen "Linken aufmischen".**

In der Friedensstraße wurden Alex und sein Begleiter von den vermummten Neonazis überfallen, die sofort auf Alex einschlugen und einstachen und ihn noch mit Stiefeltritten traktierten, als er schon schwerverletzt am Boden lag. Zwei Stunden später starb Alex trotz Notoperation im Krankenhaus durch die inneren Blutungen im Bauchraum. Er hatte mindestens vier Stichwunden. Ein Messerstich hatte den Magen bis zur Wirbelsäule durchbohrt.
Dies war nicht der einzige Überfall den Neonazis in der Silvesternacht verübten: Bereits am Nachmittag hatten sechs Skins in der Göttinger Innenstadt zwei Passanten brutal zusammengeschlagen.
Kurze Zeit nach dem Überfall auf Alex wurden in dem nahe Göttingen gelegenen Dorf Adelebsen zwei Menschen von mindestens acht Skinheads lebensgefährlich verletzt.
Gegen etwa 4 Uhr früh wurde im Göttinger Stadtteil Weende ein Passant von drei Faschisten angerempelt und durch Messerstiche in den Bauch schwer verletzt.
Der Jahreswechsel 90/91 ist ein vorläufiger trauriger Höhepunkt des neofaschistischen Terrors in Göttingen, beileibe ist hier aber nicht eine neue Qualität zu erkennen. Bereits in den letzten Jahren haben die Faschisten in menschenverachtender Weise ihren Terror in Göttingen ausgeübt. Es waren glückliche Umstände, daß es bei diversen Brandanschlägen auf bewohnte Häuser, Messerstechereien und brutalen Überfällen auf Antifaschistinnen, Ausländer und Passanten keine Toten gegeben hatte. So etwa als das ehemalige NPD-Mitglied **Ingo Kretschmann**, der später beim FAP-Funktionär **Karl Polacek** wohnte, sich beim Bombenbasteln in die Luft jagte. In seiner Wohnung fanden sich beträchtliche Mengen Sprengstoffs, die glücklicherweise nicht explodiert waren. So etwa als der FAP-Funktionär **Thorsten Heise**, der mittlerweile in den Untergrund gegangen ist, mit seinem Wagen versuchte einen Asylsuchenden auf dem Bürgersteig zu überfahren. Oder als der FAP-Funktionär Karl Polacek eine Antifaschistin mit einem Schlag mit der scharfen Seite einer Axt am Kopf verletzte.
Die beiden neonazistischen Täter aus der Silvesternacht waren keine unbekannten. Obwohl erst beide 17 Jahre alt sind, haben sie sich durch ihren Terror einen "Namen gemacht". **Oliver Simon**, der die letzte Zeit im FAP-Zentrum in Mackenrode wohnte, war an diversen Überfällen beteiligt. Simon war u.a. beteiligt am Angriff auf Antifaschistinnen im Göttinger Landgericht im Dezember 1989, an Übergriffen auf iranische Frauen im Frühjahr 1990, am Überfall auf Antifaschistinnen im Juli 1990, als Polacek wie bereits erwähnt, mit einer Axt auf eine der Frauen einschlug. **Sven Scharf** gehörte in den letzten Jahren zu den FAP-Aktivisten im Göttinger Raum. Auch er war an mehreren Überfällen beteiligt.
Der politische Ziehvater der beiden, Karl Polacek (FAP-Landesvorsitzender) bezeichnete Simon als seinen "Wächter". Er könne sich die tödlichen Messerstiche nur "als eine Überreaktion" auf eine vorausgegangene Provokation erklären. Nach Polacek wissen die

Linken auch, "daß es schwer für sie wird, lebend wieder weg zu kommen", wenn sie sein Haus angreifen. Er habe in seiner Jugend als Holzfäller gearbeitet und gelernt mit der Axt umzugehen, wenn er zuschlägt, "dann ist der Kopf ab" (Spiegel TV, 7.1.91).

Ermöglicht wurde die volle Entfaltung des neonazistischen Terrors jedoch erst durch die Verharmlosungen und Verniedlichungen durch die Göttinger Justizbehörden und die politisch Verantwortlichen, die in der Vergangenheit die Gefahren durch den Neonazismus nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Militante Neonazis wurden zu "Mini-Nazis" oder "Kindernazis" heruntergespielt. Auch im Falle der Ermordung von Alex wurde zunächst versucht den politischen Hintergrund der Tat zu leugnen. Noch nach der Verhaftung von Sven Scharf und obwohl schon die Fahndung nach Oliver Simon lief, wollte sich die Göttinger Polizei "nicht dazu äußern, ob die beiden Tatverdächtigen als rechtsextremistische Skinheads einzustufen sind" (Göttinger Tageblatt, 2.1.91). Und auch in der Silvesternacht war die Göttinger Polizei vorwiegend damit beschäftigt, die AntifaschistInnen in Schach zu halten, sie anzupöbeln und zu durchsuchen (nach einem Flugblatt Göttinger AntifaschistInnen).

## SPD will Sonderdezernat

Die Ermordung von Alex nahm der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Oppermann zum Anlaß, die Einrichtung eines Sonderdezernats "Rechtsextremismus" bei der Göttinger Staatsanwaltschaft zu fordern. Oppermann begrüßte weiter, daß die Göttinger Polizei ihre Bereitschaftsstunden in den Abend- und Nachtstunden verstärken will (FR, 5.1.91). Die SPD geht dabei zielgerichtet am tatsächlichen Problem vorbei und versucht lediglich, Aktivitäten vorzutäuschen. Nicht ein Sonderdezernat Rechtsextremismus ist in Göttingen nötig, sondern die sofortige Entfernung von Staatsanwälten, die, wenn beispielsweise der ehemalige Göttinger FAP-Chef Heise versucht, einen Ausländer zu überfahren, nicht wegen versuchten Totschlags ermitteln, sondern nur wegen schweren Eingriffs in den Straßenverkehr. Nicht mehr Streifenpräsenz durch die Göttinger Polizei ist nötig, sondern die sofortige Entfernung von Polizeibeamten, die schadenfroh abwarten, bis Neonazis ausländische Jugendliche in Diskotheken brutal zusammengeschlagen haben, um dann tatenlos wegzufahren. Oder schlimmer noch, gegen mobilisierte AntifaschistInnen vorzugehen. Gleichfalls entfernt gehören die politisch Verantwortlichen in den Ministerien, die seit Jahren die Gefahren des Neofaschismus verharmlosen, von Einzeltätern reden und den organisierten Hintergrund ungeschoren lassen. Und die stattdessen keine Gelegenheit ausgelassen haben, um gegen AntifaschistInnen zu hetzen und sie mit aller Härte zu bekämpfen.

Und auch jetzt nach Alex' Tod ermittelt die Polizei gegen Scharf und Simon nicht wegen Mord, sondern lediglich wegen "gemeinschaftlichen Totschlags". Überlegungen das gesamte neonazistische Geflecht aufzurollen und gegen die Drahtzieher und Hintermänner vorzugehen, hat es erst recht nicht gegeben. So gesehen wird alles beim alten bleiben. Für den organisierten Neofaschismus in Göttingen ist das allerdings der beste Schutz, der in so einer Situation möglich ist.

## Antifaschistische Selbsthilfe gefragt

Bereits am Abend des 1. Januar fanden sich knapp 300 AntifaschistInnen zu einer spontanen Demonstration im Göttinger Stadtteil Rosdorf zusammen. Zu einer Demonstration am 5. Januar riefen dann mehrere antifaschistische Initiativen, die Göttinger Autonomen, die Grünen, die VVN-BdA, der KB, die Atom-Redaktion und die SPD-Landtagsabgeordnete Hulle Hartwig auf.
Über 5.000 Menschen beteiligten sich an dieser Demonstration. Ein riesiges Polizeiaufgebot versuchte, die Demonstration spaliermäßig zu begleiten. Die Demonstrationsleitung konnte es erreichen, daß die Polizei diese Einschränkung des Demonstrationsrechts aufgab. In mehreren Redebeiträgen wurde auf die organisatorischen Zusammenhänge des Neofaschismus hingewiesen. Vor, während und nach der Demonstration schützte die Polizei das FAP-Zentrum in Mackenrode vorsichtshalber "vor eventuellen Übergriffen"...



*Gedenkdemonstration am 5.1.91 in Göttingen*

## Innenminister will Polacek ausweisen

Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) will FAP-Chef Karl Polacek in sein Heimatland Österreich abschieben. Er habe sein Ministerium angewiesen, alle rechtlichen Möglichkeiten für eine umgehende Ausweisung Polacek's auszuschöpfen, kündigte Glogowski kurz nach Fertigstellung unseres Berichts über die Situation in Göttingen an. Wer wie Polacek regelmäßig öffentlich zur Gewalt auffordere, habe sein "Gastrecht in Deutschland" verwirkt, hieß es in einer Pressemitteilung Glogowskis, dessen Polizei die Aktivitäten des FAP-Funktionärs in der Vergangenheit stets heruntergespielt hatte. Um Polacek abzuschieben, will Glogowski nun auf die Ausweisungsgeneralklausel des Paragraphen 45 im Ausländergesetz setzen. Danach könnten Ausländer aus dem Land gewiesen werden, wenn sie "die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigen". Außerdem werde von der Landesregierung über einen neuen Vorstoß für ein Verbot der FAP nachgedacht.

## Stilisierungen als Rechtfertigung

Am 17. November 1990 erinnerten DemonstrantInnen an den Todestag der AntifaschistIn Conny Wessmann, die im Verlauf einer Polizeiaktion starb. Die DemonstrantInnen protestierten dagegen, daß die Aufklärung der damaligen Vorgänge durch die Einstellung des Ermittlungsverfahrens verhindert werden soll. Entgegen allen panikmachenden Meldungen über erwartete Gewalttätigkeiten verlief die Demonstration friedlich. Im Vorfeld erreichte den Rechten Rand die Zuschrift von Monika Morris von der feministischen antifa Bonn, den wir gekürzt dokumentieren:
"(...) Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) hat den Bürgern ihres niedersächsischen Wahlkreises Göttingen empfohlen, sich nicht an der Demo zum Jahrestag der Ermordung von Conny Wessmann zu beteiligen, weil Göttingen gegen Gewalt" ist.
Frau Süßmuth,...eine der InitiatorInnen des mit großem tamtam ins Leben gerufenen Bündnisses "Frauen überschreiten Grenzen. Frauen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit", unterschrieb in dessen Aufruf u.a.: "Wir Frauen wissen um die Gefahren, die aus Haß, nationaler Überheblichkeit, Neid und Rassismus für den inneren und äußeren Frieden erwachsen. Darum wenden wir uns gegen Parteien und Tendenzen in der Gesellschaft, die Rassenhaß, Antisemitismus und gewissenlos menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit schüren."
Schöne Worte, Frau Süßmuth. Sie fordern gerade zum Gegenteil auf: zu Hause bleiben, Augen und Ohren verschließen, Mund halten und CDU wählen.
In Ihrer Partei gibt es genügend Leute, die mit organisierten Neofaschisten und Altfaschisten gemeinsame Sache machen, was nach besten Kräften verleugnet, gedeckt oder geduldet wird. Sie wissen das.
Es ist das eine, irgendetwas aufs Papier zu bringen, das so unverbindlich ist, daß alle möglichen Leute ihre Unterschrift druntersetzen können. Das andere aber ist antifaschistisches und antirassistisches Handeln. Da reicht es nicht, sich in gehobener Atmosphäre einer x-beliebigen Landesvertretung in Bonn bei Lachsbrötchen und sonstigen erlesenen Sachen gegenseitig zu versichern, "was wir Frauen aus wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen, parlamentarischen Parteien, dem kirchlichen Bereich, den Gewerkschaften und anderen Institutionen" wissen (Aufruf).
Was wir AntifaschistInnen hingegen wissen, ist, daß sich in einem die PolitikerInnen parteiübergreifend von Süßmuth bis Momper einig sind: im Abgrenzen, Ausgrenzen, Kriminalisieren. Frau Süßmuth weiß schon im voraus, daß die Demo an diesem Wochenende gewalttätig verlaufen wird und Herr Momper bezeichnet die HausbesetzerInnen der Mainzer Straße als "mordlustige Chaoten". Sie brauchen diese Stilisierungen als Rechtfertigung zum Draufschlagen (lassen) und letztlich, um einen Staat mit (noch) mehr Autorität, Einschüchterung und Repression zu schaffen (...)"

Hans-Henning Iskra

# Nach Skinüberfall Flüchtlinge 'verlagert'

Asendorf - eines dieser gesichtslosen Dörfer an der B 6 zwischen Bremen und Nienburg. Asendorf? ... Da ist doch ..., ja genau: der Firmensitz der Zeitschrift MUT, jenes Monatsmagazins, das sich von einer NPD-Postille zu einem auflagenstarken neurechten Hochglanzmagazin gewandelt hat.
Für die Kids der Region verbindet sich mit dem Ortsnamen etwas anderes. Das "Break out", oder einfach B.O., eine Diskothek mit dem Flair einer Fischbratküche, dennoch an den Wochenenden immer rappeldickvoll. Direkt gegenüber der Diskothek ein altes Gebäude, eine ehemalige kleine Schule, in der es seit vergangenem Herbst nicht nur an den Wochenenden übervoll war. Bis zu 100 albanische Flüchtlinge, vielfach in 6.Bettzimmern, waren in dem Gebäude zusammengepfercht. Ein Typisches Flüchtlings-Ghetto also in einer ländlich-konservativen Gemeinde. Die Haltung der Ortsansässigen: Skepsis, Ängste, Vorurteile, aber auch Zeichen der Solidarität. So nimmt z. B. eine Asendorferin eine albanische Familie bei sich auf.
Für die regionale Skinhead-Szene bietet, das "Break out" als `Basislager' nutzend, das Flüchtlingsheim ein ideal gelegenes Angriffsobjekt. Sozusagen Ausländer-raus-Action auf dem Präsentierteller. So dachten sie es sich wohl, als sie am 30. Dezember kurz nach Mitternacht zum Angriff auf die Flüchtlingsunterkunft antraten. Mit Eisenstangen, Knüppeln und Signalmunition bewaffnet umstellten ungefähr 25 Skins, schwerpunktmäßig aus dem Raum Nienburg und Minden, die ehemalige Schule.
Auf ein Signal hin klirrten Fensterscheiben, ein Sturm auf das Haus setzte ein. Einigen 'Glatzen' gelang es, in das Haus einzudringen und Signalmunition abzufeuern. Der weitere Ablauf entwickelte sich allerdings nicht nach den Vorstellungen der Skins. Die albanischen BewohnerInnen, durch kleinere Übergriffe in den vorangegangenen Wochen gewarnt, setzten sich zur Wehr und warfen die Angreifer aus dem Haus. Einige der Angegriffenen verfolgten die Skins noch bis zu deren Autos, die etwa 500 Meter entfernt geparkt waren. Bis zum Eintreffen der Polizei waren sieben von den Skinheads krankenhausreif und ihre fahrbaren Untersätze dem Schrottplatz ein großes Stück nähergekommen. Außerdem werden sich mindestens die zehn Skins, deren Personalien von der anrückenden Polizei an Ort und Stelle festgestellt wurden, mit einer Anklage wegen Hausfriedensbruch und schwerer Körperverletzung (ein Albaner mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden) auseinandersetzen müssen.
Und die Albanerinnen und Albaner? Sie wurden noch am Nachmittag des 30. Dezember in eine andere, etwa 200 km entfernte Flüchtlingsunterkunft 'verlagert'. Ohnehin war geplant, die zum Zeitpunkt des Überfalls noch 46 Personen zählende albanische Gruppe ab Mitte Januar anderweitig unterzubringen. Als Gründe für die Blitzumsiedlung zum Jahresende nannte Wilfried Lackert vom niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten wesentlich drei Aspekte: die teilweise Verwüstung des Hauses durch die Skinheads, die Ängste der albanischen BewohnerInnen sowie die ungenügenden polizeilichen Möglichkeiten, das Gebäude ausreichend zu sichern...
In der Asendorfer Bevölkerung sind die Reaktionen auf den Skinhead-Überfall uneinheitlich. Neben Abscheu und Empörung über den brutalen Angriff überwiegt die Erwartung, daß nun der dörfliche Alltag wieder in den altbekannten ruhigen Bahnen verläuft, ohne Störungen durch Fremde (Flüchtlinge und Skins), Blaulicht und Negativschlagzeilen. Gelegentlich klingt auch Respekt durch für das mutige und offensive Vorgehen der Albaner, was jedoch nicht ausschließt, daß man froh ist, daß sie weg sind. Sympathien für die Skins, die durch ihren Überfall dafür gesorgt haben, daß die unerwünschten AusländerInnen früher als geplant aus dem Asendorfer Alltag verschwunden sind, werden dagegen eher hinter vorgehaltener Hand geäußert.

Eindeutig profitiert hat von der Unterbringung der albanischen Flüchtlinge hauptsächlich einer: der ortsansässige Bauunternehmer Clasen. Je vollgestopfter die alte Schule, die von ihm vor einigen Jahren gekauft wurde, sowie ein ebenfalls von ihm bereitgestellter Bungalow, waren, um so lauter klingelten seine Kassen. Neben einer Mietpauschale erhielt er von der hannoverschen Firma OLYMPIA, die sich die Unterbringung und Verpflegung von AsylbewerberInnen gut bezahlen läßt, ein "Kopfgeld". So um die 50.000 DM dürften dabei für Clasen in `vollen Zeiten' schon abgefallen sein. Klar, daß Clasen weiter auf Flüchtlingskurs segelt. In Kürze wird die alte Schule in Asendorf umgebaut, um kleine Wohneinheiten für Aussiedler aus der Sowjetunion zu schaffen.

Ob dann die Skins nochmal ihr MÜTchen kühlen wollen?

## Skinhead-Terror

Zur Jahreswende erreichten neofaschistische Aktivitäten im niedersächsichen Raum einen neuen Höhepunkt. Neben den tödlichen Messerstichen auf Alexander Selchow und den Skinhead-Angriffen in Göttingen und Asendorf (siehe Artikel) gab es zahlreiche andere Beispiele für das verstärkte Wirken neofaschistischer Aktivisten:
**Nienburg**: Am 28. Dezember wurde in Nienburg ein Soldat der britischen Rheinarmee von vier Skinheads schwer verletzt. Beim Verlassen eines Imbiß wurde er von den Skins überfallen und mit einer abgeschlagenen Flasche in den Rücken gestochen. Einige Schnittwunden drangen gefährlich tief bis in die Nierennähe vor.
**Großefehn**: Am 22. Dezember werden Hakenkreuze in den Lack geparkter Autos gekratzt.
**Clausthal Zellerfeld**: Im Dienstraum einer Fernmelde-Ausbildungskompanie der Bundeswehr wurden zwei Blätter mit Hakenkreuzen, Hitlerkarikaturen und faschistischen Parolen gefunden.Darauf war u.a. zu lesen: "Deutschland erwache, heil dem Führer", Wir sind die Herrenrasse, Ruskis sind die Untermenschen" und besonders übel "Advent, Advent ein Jude brennt, erst einer, dann zwei, dann drei, dann vier, dann steht der Gasmann vor der Tür, der letzte schließt die Ofentür".
**Steinfurt-Borghorst**: Fünf Personen schossen am 26. Dezember auf einen von jugoslawischen Flüchtlingen bewohnten Container und skandieren "Scheiß Ausländer". Ein Jugoslawe wurde an der Brust verletzt.
**Goslar**: An die Tür des Rathausses sprühten unbekannte Täter "Rotfront verrecke".
**Springe**: Am 22. Dezember wurden an eine Garagenwand Hakenkreuze und Naziparolen gesprüht.

## Bundt verurteilt

Das Mitglied des NPD-Parteivorstandes **Fritz-Ulrich Bundt** ist im Dezember in einem Berufungsverfahren zu 120 Tagessätzen à 40 DM verurteilt worden. Das Göttinger Landgericht hielt ihn für schuldig, beim NPD-Landesparteitag in Northeim im April 1989 mit seinem Wagen in eine Demonstrantenkette gefahren zu sein. In der ersten Instanz war Bundt freigesprochen worden.
Vor einer Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe bewahrte diesmal Bundt auch die Tatsache, daß seine letzte Verurteilung im Strafregister bereits wieder gelöscht war.

## Straßenumbenennung abgelehnt

Ein Antrag von SPD und Grünen im Syker Stadtrat, zwei neu zu schaffende Straßen nach Dora Löwenstein, einer angesehenen Syker Bürgerin, die in Minsk ermordet wurde, sowie nach Bernhard Poelder, einem aktiven Antifaschisten, der von 1945 bis 1947 in Syke Bürgermeister war, zu benennen, wurde kürzlich mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen entschied man sich für die aussagekräftigen Bezeichnungen "Mühlenweg" und "Im Steimbker Feld".
Auch eine Möglichkeit, Geschichte zu entsorgen.

Volkmar Wölk

# ÖDP als "linkskatholische Sekte" ?

## Zur "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands"

**Hans Rustemeyer** ist von der ÖDP, wie schon vorher von der NPD - enttäuscht. In der jungkonservativen Zeitung mit nationalrevolutionärem Touch, der "Jungen Freiheit", verkündete er, daß er überlege, ob er politisch privatisieren oder sich den REP anschließen solle. Er fand eine dritte Möglichkeit: eine Gruppierung, die den rechten Flügel der Ökologiebewegung als Zielgruppe erkoren hat, die "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands".

Deren Geschichte nahm ihren ungeplanten Anfang im Januar 1989. Der Gründungsvater und Vordenker der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete **Herbert Gruhl,** hatte beim Parteitag der ÖDP in Saarbrücken eine entscheidende Schlappe erlitten. Die Mehrheit der Delegierten hatte sich der Ansicht des neuen Parteivorsitzenden **Ritter** angeschlossen, daß nationalistische Positionen mit einer Mitgliedschaft in der ÖDP unvereinbar seien. Der Zusammenarbeit mit neofaschistischen Gruppierungen wurde eine Absage erteilt. Gruhl, der dieser Kehrtwendung nicht tatenlos zusehen wollte, verließ mit einer qualifizierten Minderheit der Delegierten den Parteitag. Er initiierte die Gründung des Arbeitskreises Ökologische Politik, einer Fraktion innerhalb der ÖDP, die für den alten Kurs weiterkämpfen sollte. Er selbst verließ jedoch im Dezember verbittert die von ihm gegründete ÖDP.

In der Tat war eine Abgrenzung nach rechts etwas neues und geradezu unerhörtes in der ÖDP (1989 etwa 3 000 Mitglieder), die einstmals angetreten war, eine rechtsökologische Konkurrenz zu den Grünen zu werden. Neofaschistische und nach "Blut und Boden" riechende Positionen hatten dort immer ihren Platz gehabt. Nun wollten sich Teile der ÖDP gar an Ostermärschen beteiligen, suchten die Zusammmenarbeit mit Gruppen wie der VVN-Bund der Antifaschisten. Der neue Parteivorsitzende Ritter verwies in der Öffentlichkeit zur Entkräftung des Vorwurfs der Rechtslastigkeit auf die Widerstandstätigkeit seiner Familie gegen die Nazis.

Schnell bildeten sich in der Minderheit zwei unterschiedliche strategische Optionen heraus. Während eine Gruppierung noch darauf hoffte, die innerparteilichen Mehrheit zurückgewinnen zu können, orientierten sich andere am Erfolg. Und der war 1989 eindeutig bei den REP. Man konnte sich gegenseitig etwas bieten: die REP den ÖDP-Dissidenten das so lange vermißte Odium des Erfolgs, die Rechtsökologen den REP die so dringend benötigte Sachkompetenz. Ein vorteilhafter Deal für beide Seiten. So strömten hochrangige ÖDP-Funktionäre zu den REP. Nahezu der gesamte Landesvorstand der niedersächsischen ÖDP ging diesen Weg. Als Quereinsteiger wechselten sie von Landesvorstand zu Landesvorstand.

Doch nicht alle der Minderheit mochten diesen Weg gehen. Einige waren in der ÖDP verblieben, andere hatten weiterhin Vorbehalte gegen die REP. Eine Klammer für die verschiedenen rechtsökologischen Gruppierungen war allerdings bald gefunden: die "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands". Damit keine Mißverständnisse über die Art der Unabhängigkeit aufkommen konnten, wurde REP-Funktionär **Jürgen Wirtz** in den Vorstand übernommen. Der Rest der Vorstandsriege war nominell parteilos.

Jeder Verein hat seine Vereinszeitung. Die der "Unabhängigen" Ökologen trägt den schlichten Titel "Ökologie". Als Mitarbeiter taucht darin der Niedersachse **Gerhard Tempel** auf. Einstmals Mitglied der Grünen, bekleidete er gleichzeitig Funktionen im ökofaschistischen "Weltbund zum Schutze des Lebens".




Tempel erkannte bald, daß sich seine Vorstellungen von Ökologie innerhalb der Grünen nicht verwirklichen ließen. Er wechselte zur ÖDP. Doch auch dort gab es bald Ärger. In seinem eigenen Blättchen "Anstösse" verbreitete er nationalistische Tiraden und blickte in der ÖDP einem Parteiausschlußverfahren entgegen. So ging er den nächsten Schritt hin zu denen, die die "Ausländerproblematik" als Sache des Umweltschutzes betrachten: zu den REP. Bei den Niedersächsischen Landtagswahlen kandidierte er auf Platz 13 der REP-Landesliste.

Aus Springe kommt ein weiterer Kopf der "Unabhängigen Ökologen Deutschlands", **Gerhard Bednarski.** Er gehörte zum Vorstand der "Weißen", einer niedersächsischen Besonderheit in der Parteienlandschaft, in der sich die Söhne Gruhls mit Konservativen, aber auch mit Nationalrevolutionären zusammengefunden hatten. Die Weißen erkannten pünktlich mit dem Aufstieg der REP, daß für zwei "konservative" Parteien kein Platz in Niedersachsen sei und lösten sich auf.

Schon 1984 gehörte Bednarski zu den Unterzeichnern einer Anzeige in der "Frankfurter Rundschau", die sich positiv auf den antisemitischen Hetzer **Ernst Niekisch** bezog.

Auch der Hannoveraner **Udo W. Reinhardt** ist kein Frischling in der politischen Szene. Bei den "Unabhängigen Ökologen" ist er neu. Sein Weg begann bei diversen nationalrevolutionärem Gruppierungen, führte zu den "Weißen" und zuletzt zur Zeitschrift "Junge Freiheit".

Treffen des jüngsten Sproß des rechten Flügels der Ökologiebewegung finden im "Collegium Humanum" des Alt- und Neofaschisten **Werner Georg Haverbeck** in Vlotho statt, einer Art Heimvolkshochschule des "Weltbundes zum Schutze des Lebens".

Der Öko-Bauer **Baldur Springmann,** bekannt nicht nur wegen seiner umweltschonenden Ackerweise, sondern auch wegen seiner Kontakte zu Faschisten wie **Thies Christophersen** durfte beim ersten Treffen der "Unabhängigen Ökologen" die Morgenfeier ausrichten. Als Autor der "Unitarischen Blätter", des Organs der völkischen Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft", scheint er dazu prädestiniert.

Auch Bürgern der ehemaligen DDR sollte "unabhängiges" Denken nahegebracht werden. Die "Hessisch-Niedersächsische Allgemeine" berichtete: "Demokratischer Aufbruch und Unabhängige Ökologen wollen zusammengehen." So schlimm war es denn wieder nicht. Gemeint war ein gemeinsames Wochenendseminar mit dem, inzwischen mit der CDU fusionierten, "Demokratischen Aufbruch" in Nordhausen. Dazu allerdings wollte die rechtsökologische Gruppierung ihre gesamte Prominenz von Gerhard Bednarski über den ehemaligen Bundesorganisationsleiter der ÖDP, **Heinz Strelow,** bis hin zum Freiburger Anglistikprofessor **Pilch** mobilisieren.

Aber das Seminar mußte ohne den "Demokratischen Aufbruch" stattfinden. Dieser hatte sich inzwischen, angeregt durch die Kreisvereinigung Südharz der VVN-Bund der Antifaschisten, ein Bild über diese Gruppierung gemacht und seine Teilnahme abgesagt. Man sei zwar konservativ, so die Aussage des Kreisgeschäftsführers, aber auch antifaschistisch. Mit nationalistischen und rechtsextremen Kräften wolle man nichts zu tun haben.

Getroffene Hunde bellen. Der Nachrichtendienst von rechtsaußen, DESG-inform, warf dem Demokratischen Aufbruch Feigheit vor und der VVN-BdA "Stasi-Methoden".

Oh, wenn sich der Stasi doch nur ausschließlich mit antifaschistischer Aufklärung beschäftigt hätte!

Es steht zu befürchten, daß die angeblich unabhängigen Ökologen noch weiter von der Unwissenheit und der politischen Naivität vieler ökologisch denkender Menschen profitieren können. Ökologie hat glücklicherweise inzwischen einen guten Klang, doch macht auch so mancher sein Geschäft damit. Die "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen Deutschlands" erledigt das Geschäft der REP und anderer neofaschistischer Gruppen. Den blauen Umweltschutz-Engel verdienen sie dafür nicht.

Mit der Ablehnung des Kommunalen Wahlrechts für AusländerInnen durch das Bundesverfassungsgericht ist antirassistischen und um Gleichberechtigung bemühten Bestrebungen ein völkischer Riegel vorgeschoben worden: Eine politische Entscheidung. Auch vom juristischen Standpunkt aus wäre ein anderes Urteil möglich gewesen.

Götz Frank

# Deutsche, Deutsche, über alles

## Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen das Wahlrecht für AusländerInnen

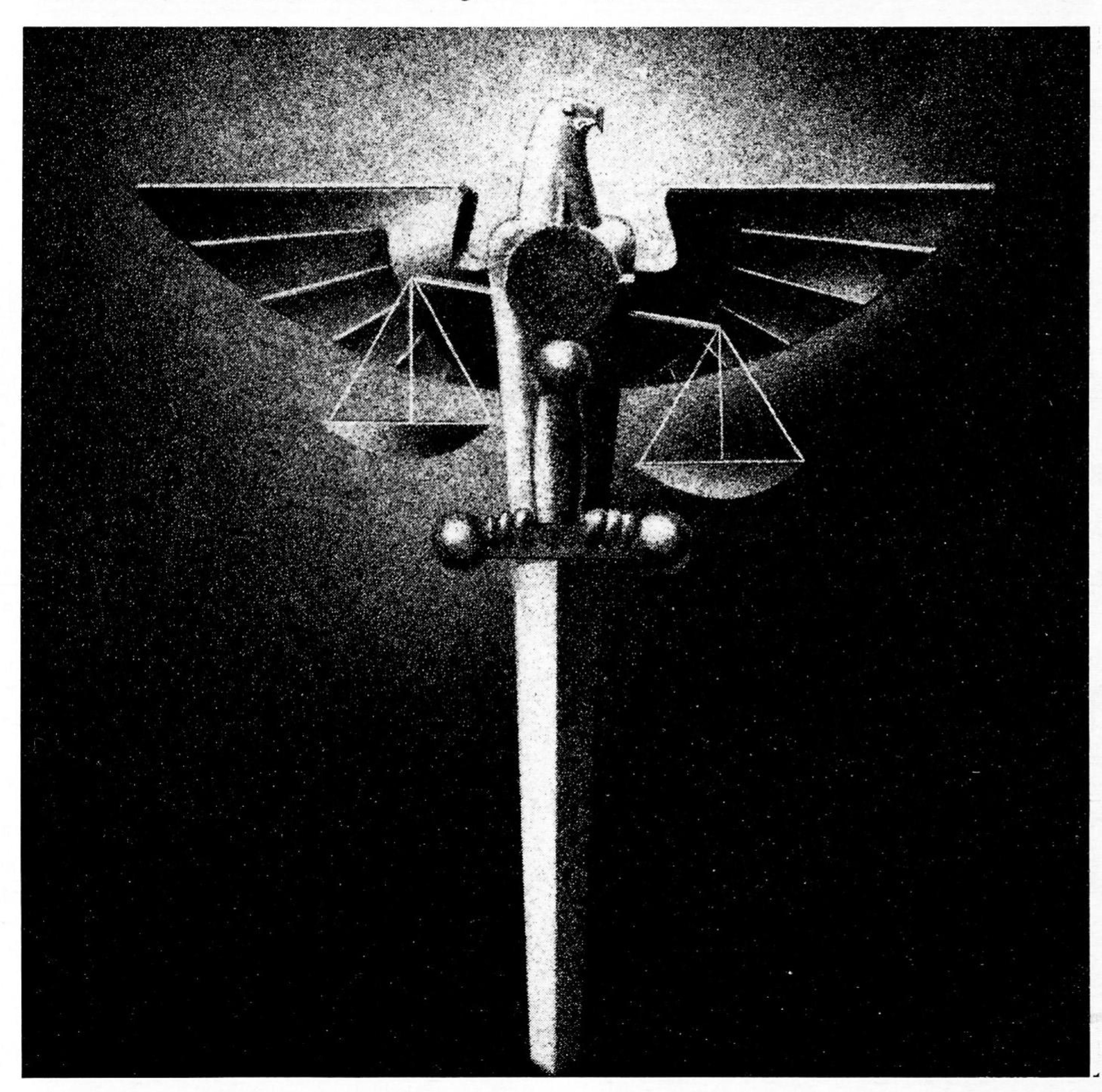
Im Jahr der deutschen Einheit feiert der Nationalstaat auch in Karlsruhe fröhlich Urständ. Die Entscheidungen zum Ausländerwahlrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein, die der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) am 31. Oktober 1990 gefaßt hat, lassen wenig von der weltoffenen Konzeption des Grundgesetzes erkennen. Bis zu einer wohl kaum in Kürze zu erwartenden Verfassungsänderung, die eine Zweidrittelmehrheit voraussetzt, ist dem europaweiten Trend zur Integration ausländischer Mitbürger über die Schaffung eines Ausländerwahlrechts ein harter Riegel vorgeschoben worden. Von nun an ist es nicht mehr Sache der politischen Mehrheiten in den Landtagen, sich für oder gegen ein Ausländerwahlrecht zu entscheiden. Nach der Entscheidung aus Karlsruhe ergibt sich das Verdikt gegen die Schaffung eines kommunalen Ausländerwahlrechts aus dem Verfassungstext. Daran kann kein Landtag vorbeigehen.

Erinnern wir uns an den Ausgangspunkt dieser verhängnisvollen verfassungsrechtlichen Entwicklung: Gegenstand der Entscheidungen waren zwei landesgesetzliche Neuregelungen in Hamburg und in Schleswig-Holstein, die in sehr unterschiedlicher Weise ein Ausländerwahlrecht realisierten. Die schleswig-holsteinische Novellierung des Kommunalwahlrechts vom 21. Februar 1989 schuf ein aktives und ein passives Wahlrecht für Dänen, Iren, Niederländer, Norweger, Schweden und Schweizer, wenn sich diese Ausländer mindestens fünf Jahre im Geltungsbereich des Grundgesetztes aufgehalten hatten. Das Gesetz sollte erstmals bei der Kommunalwahl im März 1990 zur Anwendung kommen, was aber durch die einstweilige Anordnung des 2. Senats im Oktober 1989 gestoppt wurde. Darin waren die Grundlinien der späteren Entscheidung des BVG bereits erkennbar. Tragender Gesichtspunkt der einstweiligen Anordnung war nämlich die Befürchtung, das *Wahl*volk als Ausgangspunkt aller staatlichen Legitimation könne mit einer Ausdehnung des Wahlrechts über das *deutsche* Volk hinaus falsch bestimmt sein.

Hamburg hat durch das Gesetz zur Einführung des Wahlrechts für Ausländer zu den Bezirksversammlungen vom 20. Februar 1989 eine Wahlberechtigung für alle Ausländer eingeführt, die sich am Wahltag seit mindestens acht Jahren im Geltungsbereich des Grundgesetzes aufgehalten hatten und eine Aufenthaltserlaubnis besaßen. In Hamburg ging es nicht um die Einführung eines Kommunalwahlrechts für Ausländer, denn die Bezirksversammlungen sind keine Parlamente, sondern bloße Verwaltungsgliederungen und haben als solche nur eine begrenzte Entscheidungs- und Mitwirkungsbefugnis in Angelegenheiten lokaler Planung und Infrastruktur.

Insbesondere im Hinblick auf die Hamburger Situation muß die Entscheidung des 2. Sentats verwundern. Die Mitwirkung von Ausländern an der Selbstverwaltung staatlicher Einrichtungen, etwa den Universitäten, war bislang unangefochten. Nunmehr bedarf die "Ausübung von Staatsgewalt" dann "demokratischer Legitimation", wenn es um "amtliches Handeln mit Entscheidungscharakter" geht. Nur "bloß vorbereitende und konsultative Tätigkeiten" scheiden aus dem Bereich des demokratisch zu legitimierenden aus. Ist die BVG-Entscheidung zu Hamburg etwa als Beginn einer Rechtsprechungsentwicklung zu anzusehen, die Ausländer aus Verwaltungsgremien herausdrängt, in denen sie nicht weniger verdienstvoll als ihre deutschen Kollegen seit vielen Jahren tätig sind? Die Formulierungen des 2. Senats geben Anlaß zu solchen Befürchtungen. Denn an den von ihm gemeinten demokratischen Legitimationsvorgängen können Ausländer nicht teilnehmen. Der Grundsatz der Volkssouveränität fordere, daß das Volk einen effektiven Einfluß auch auf die Ausübung von Staatsgewalt im Bereich der Exekutive - also Regierung und Verwaltung - habe. Das Staatsvolk von dem die Staatsgewalt in der Bundesrepublik ausgehe, werde aber nach dem Grundgesetz nur von Deutschen gebildet.

Das Grundgesetz engt den Begriff des Staatsvolkes nicht so ein, wie das die Verfassungsrechtsprechung nunmehr tut. Im Gegensatz zur Präambel und zu Artikel 146, in denen ausdrücklich vom "deutschen Volk" die Rede ist, enthält Absatz 2 des Artikel 20 das Adjektiv "deutsch" nicht. Er bstimmt, daß das Staatsvolk Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist, definiert aber nicht näher die Konsistenz dieses Staatsvolkbegriffes. Von der Wortauslegung her und auch aus textsystematischen Gründen hätte in dieser Situation die Annahme nahe gelegen, der Verfassungsgeber habe diese Frage offen gelassen.



Für diese Annahme spricht auch eine verfassungsrechtliche Überlegung, die gerade für die Entstehung des Grundgesetzes relevant ist. Staatsrechtlich ist zwischen einer "Pouvoir Constituant" und einer "Pouvoir Constitue" zu unterscheiden. Die erste ist die verfassungsgebende Gewalt. Sie geht der zwei-

ten Art von Staatsgewalt voraus und ist mit ihr nicht identisch. Über die "Geburtsfehler" des Grundgesetzes wird seit der neu entstandenen Verfassungsdebatte um die Artikel 23 und 146 viel gesprochen. Tatsache ist, daß das Grundgesetz keine Konstituante im Hintergrund hat, so daß die Bereinigung dieses Defizits nun über den Volksentscheid reklamiert wird. Gerade angesichtes der Offenheit dieser Frage, die sich aus verfassungsgeschichtlichen Mängeln ergibt, erscheint die Annahme sinnvoll, daß der Verfassungsgeber den Volksbegriff weitgehend der Regelungsbefugnis des Gesetzgebers überlassen wollte.

Dieser, die "Pouvoir Constitue", hat in der Geschichte der Bundesrepublik in der Tat die Bestimmungen darüber getroffen, wer an Wahlen und Abstimmungen teilhaben konnte. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre etwa war eine solche Neubestimmung durch eine Novellierung des Bundeswahlgesetzes. Der Gesetzgeber definiert Inhalt und Grenzen der Staatsangehörigkeit und wird sich möglicherweise demnächst mit einem leichteren Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu befassen haben. Es macht also Sinn, den verfassungsrechtlichen Staatsvolkbegriff nicht zu eng zu fassen und dem Gesetzgeber Gestaltungsspielraum zu überlassen. Die Frage nämlich, welches denn nun die eigentliche Legitimationsbasis ist - das vom Gesetzgeber aufgrund seiner Staatsangehörigkeit oder der in einem davorliegenden Akt infolgedessen noch nicht so klar definierte Volkssouverän - ist eine Frage wie die bis heute nicht gelöste Frage nach dem Ursprung von Henne und Ei.

Der 2. Senat des BVG hat sich für eine restriktive, nationalstaatlich geprägte Interpretation des Staatsvolkbegriffs entschieden. Die Staatsangehörigkeit, auf die das Gericht als wesentliches Kriterium für den Staatsvolkbegriff abstellt, ist ein Institut, das erst mit der Entstehung der Nationalstaaten im 18., vor allem aber im 19. Jahrhundert seine Bedeutung gefunden hat. Die Rechtsverhältnisse vor dieser Zeit waren komplexer: Es gab "Eingeborene", "Eingesessene", "Landkinder", "Stadtbürger", "Untertanen" und aus allen Bindungen herausfallende Heimatlose, Vagabunden oder das fahrende Volk.

Die französische Verfassung von 1791 enthielt demgegenüber genaue Vorschriften über den Erwerb der Eigenschaft eines "Citoyen Français". Voraussetzung waren Volljährigkeit, wirtschaftliche Selbständigkeit oder eine gewisse Bildung. Diese Staatsangehörigkeit konnte verloren gehen oder auch suspendiert werden. Es ging um eine Staatsangehörigkeit im Sinne einer positiven Zuordnung. Die Konstitution von 1791 und auch der spätere Code Zivil enthielten Zugehörigkeits- oder Verläßlichkeitskriterien, die sich nach den Verdiensten um Frankreich und die Revolution richteten. Diese Zugehörigkeit betraf die politische Aktionsgemeinschaft und hing insofern nicht von Abstammung oder Nationalität ab. In dieser Zeit war es noch kein Problem, Angehörigen fremder Volksgruppen, die diese Kriterien erfüllten, entsprechend politische Mitwirkung zuzugestehen. Dieses Problem entstand erst in der Zeit, in der an die Stelle der positiven Zuordnung eine negative Abgrenzung trat. Mit dem Ansteigen der Bevölkerungszahlen, insbesondere in den Unterschichten, entstand das Problem der Verelendung der Massen, das auch unter dem Schlagwort "Pauperismus" behandelt wird. Die Bevölkerungsexplosion führte nicht nur zu dem gemeinhin bekannten Zug nach Übersee, sondern auch zu einer verstärkten Binnenwanderung in Deutschland und seinen Nachbarländern. Der Zustrom der Hilfsbedürftigen überlastete die bescheidene eigene Armenfürsorge. Die Einzelstaaten wehrten sich gegen diese Belastung durch Abschiebungen. Es kam zu staatsvertraglichen Regelungen darüber, wer in welches Land abgeschoben werden durfte.

Der Staatsvolkbegriff des 19. Jahrhunderts war gruppengesetzlich zu verstehen. Als solcher wurde er in der Zeit des übersteigerten Nationalismus bis zum Wahn vom Herrenmenschen hochgetrieben und hat in dieser pervertierten Form wesentlich zum Entstehen der großen Kriege unseres Jahrhunderts beigetragen. Der nationalstaatlich geprägte Volksbegriff ist nach diesen Erfahrungen eher mit Vorsicht anzugehen. Jedenfalls ist er, greift man auf die Ursprünge des demokratischen Staatswesens der Moderne zurück, keine denknotwendige Kategorie.

Das Grundgesetz ist keine nationalstaatlich geprägte Verfassung, die von ihrer Grundlage her für die Rechtsprechung des 2. Senats sprechen würde. Zwar enthält es auch nationalstaatliche Elemente. Sie kommen etwa in der Präambel zum Ausdruck, wenn das "deutsche Volk" beschworen wird, in den deutschen Grundrechten, so in der Berufsfreiheit des Artikel 12 oder auch in den staatlichen Symbolen wie der Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold, die in Artikel 22 ausdrücklich festgeschrieben ist.

Zugleich steckt aber in der Konzeption unserer Verfassung das Prinzip einer weltbürgerlichen Offenheit, das eine zu enge Orientierung an nationalstaatlichen Vorstellungen verbietet. Bereits die Präambel enthält das Gebot, das politisch Mögliche für die europäische Vereinigung zu tun. Wie verträgt sich dies mit einer Entscheidung, nach der europäischen Mitbürgern, die von ihrer Niederlassungsfreiheit Gebrauch machen, die politische Mitverantwortung in ihrer Wahlheimat versagt bleibt?

Auch der Hinweis des 2. Senats, dafür könne man die Verfassung ja abändern, ist da wenig hilfreich. Das jahrelange Hickhack um die Staatszielbestimmung Umweltschutz hat uns in den letzten Jahren vor Augen geführt, wie wenig kompromißfähig die politischen Lager sind, die hier mitzuwirken hätten. Im übrigen ist nicht einmal sicher, ob eine Ausdehnung der Staatsgewalt nach Artikel 20, Absatz 2 auf ausländische Mitbürger nicht unter das Verdikt des verfassungsrechtlichen Minimums nach Absatz 3 des Artikel 79 fiele. Danach sind Änderungen, durch welche die in Artikel 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, unzulässig.

Das BVG hat in seiner Entscheidung die Elemente weltbürgerlicher Offenheit, die unsere Verfassung bietet, verkannt, indem es aus einer verengt nationalstaatlich geprägten Sicht entschieden hat. Das Grundgesetz enthält solche Elemente in seiner Option für zwischenstaatliche Einrichtungen (Artikel 24), in der Anerkennung des Völkerrechts als innerstaatliches Recht (Artikel 25), im Grundrecht auf Asyl (Artikel 16) und schließlich auch im Friedensauftrag der Verfassung (Artikel 26). Diese Elemente sind nach den negativen Erfahrungen mit dem Nationalstaat im Sinne einer verfassungsrechtlich gebotenen internationalen Öffnung in einen bewußten Gegensatz zu nationalstaatlichen Elementen gesetzt worden. Aufgrund der durch moderne Verkehrsmittel geringer werdenden Distanzen, aufgrund der zunehmenden Verdichtung grenzüberschreitender Kommunikationsströme durch die modernen Medien, aufgrund des Massentourismus, aufgrund aber auch der immer neuen Flüchtlingswellen haben sie im Laufe ihrer verfassungsrechtlichen Entwicklung gegenüber dem Nationalstaat an Bedeutung gewonnen. Dies wird in der Entscheidung des 2. Senats nicht einmal angesprochen.

**Die Entscheidung des BVG zum Ausländerwahlrecht wird von seinem 2. Senat aus einer verengten Sicht des Volksbegriffs in Artikel 20 abgeleitet. Sie widerspricht der Konzeption der weltbürgerlichen Weltoffenheit unserer Verfassung. Es ist schwer begreiflich, daß das Gericht nationalstaatlich entschieden hat, ohne auf das Spannungsverhältnis zu diesen Verfassungsgrundsätzen einzugehen. Noch weniger begreiflich ist, daß eine solche Entscheidung nach Schaffung der deutschen Einheit fiel, in einem Zeitpunkt, in dem das Bekenntnis zur europäischen Einigung mehr denn je angesagt erschien. Es ist unbegreiflich, daß diese Entscheidung einstimmig fiel.**

---

Götz Frank, 46, ist Professor für öffentliches Wirtschaftsrecht am Juristischen der Universität in Oldenburg.



KOMMENTAR

Hartmut Power

# Ideologische Schlampereien

## Kritische Anmerkungen zum Kongreß der Radikalen Linken im Dezember 1990 in Hamburg

Beim Treffen der Radikalen Linken in Hamburg wurde ein Block 3 "Linker Antifaschismus in der Krise" organisiert. Vor dem Plenum waren drei Beiträge vorgesehen, ein vierter wurde aus Zeitgründen nicht vorgetragen.

Es ist immer einfach für einen Arzt, eine Krise zu diagnostizieren, wenn er nicht angeben muß, wie der Patient zu heilen sei. Welcher Antifaschismus nun wie in der Krise steckt wurde unterschiedlich angegangen; denn Antifaschismus ist mitnichten gleich Antifaschismus. Während die Gruppe LUPUS sich auf eine autonome Antifaschismus-Kritik stürzte, widmete sich Detlev zum Winkel mehr der klassischen Form des Antifaschismus, der Frage nach dem Hintergrund der Sozialfaschismusthese. Der Beitrag der Antifa-Aktion Hamburg diskutierte die Faschismustheorie von Dimitroff und versuchte den Faschismus als Pilotprojekt des Imperialismus darzustellen. Die einzelnen Beiträge werden in Kürze in einem Reader nachzulesen sein.

Die Beiträge von LUPUS und Detlev zum Winkel haben gezeigt, daß weniger der Antifaschismus in der Krise steckt, sondern einige seiner Vertreter Probleme damit haben. Der Sprecher von LUPUS gefiel sich in der Rolle des reißerischen Tabubrechers und ließ Sachen vom Stapel, die so einfach, wie das auf dem Kongreß im Zeichen einer neuen Harmonie (=Zusammenarbeit) unter einem Teil der Linken geschah, nicht hingenommen werden dürfen. Lupus vermischte Richtiges mit Falschem und benutzte dabei eine Terminologie, die ansonsten den Neurechten gut zu Gesicht stünde.

Richtig ist die Kritik an der These vom Vierten Reich, die schon jetzt als Agitationsparole vergessen werden kann. Was nottut sind klare Analysen und die kommen ohne eine Kritik der bürgerlichen Ökonomie nun einmal nicht aus.

Unter dem Titel "Deutschstunde" legte Lupus seine Finger auf die Wunden der autonomen Antifa. Sie sei "reinrassig", "rassistischer als jeder Sportverein", mache Politik mit den Opfern des 3. Reichs, beziehe sich nicht auf die eigene Geschichte, habe also keine "nationale Identität"(Originalton!), sei eine reine Männersache.

Der Vortrag hat Wut erzeugt, weil er zu sehr verallgemeinerte. Der Einwand eines "ausländischen" Zuhörers, daß sich seine Genossen sehr wohl mit den Autonomen im Abwehrkampf gegen Faschistenbanden zusammenfinden, wurde schnell wieder vergessen, weil er nicht in den vorgegebenen Rahmen paßte.

Es hat lange genug gedauert bis die Linke erkannt hat, daß das Konzept "nationale Identität" als Einfallstor der Faschisten ausgedacht war. Bis heute haben wir nicht aufgearbeitet, warum der Cheftheoretiker Rudi Dutschke sich 1978 mit dem Faschisten **Eichberg** auf eine Diskussion über die "nationale Frage" einließ. Um so mehr müssen wir uns davor hüten, mit solche Begriffe und Inhalte in die radikale Linke zu transportieren. Noch einmal: "nationale Identität" wird von Eichberg und seinen Kameraden als "revolutionärer Störfaktor" eingesetzt. Sie ist eine Erfindung der deutschen Bourgeoisie, die damit ihren eigenen Anteil am Faschismus verschleiern will. Nach Margret Feit entpuppt sich der "neurechte Schlüsselbegriff der nationalen Identität in seiner Anwendung auf 'Deutschland' als scheinbar legitimes Mittel, das 'Ende der Nachkriegszeit' einzufordern und gleichzeitig - unter Hinweis auf die hieraus erwachsenden Forderungen der Neuen Rechten nach einer Abkoppelung Europas von den 'Supermächten' - eine angeblich 'antiimperialistische', 'antitotalitaristische' und damit, so die Begriffslogik der Neuen Rechten, antifaschistische Position einzunehmen." (Feit, Neue Rechte, S. 139) Nur so könne die "nationale Existenz" wieder hergestellt werden, die bekanntermaßen unter der "Ära des Nationalsozialismus" so gelitten habe.

Zu anderen Ergebnissen als Lupus kommt Detlev zum Winkel. Er hält sich nicht an das vorgegebene Thema, was er freimütig bekennt, sondern diskutiert die Beweggründe die zur Sozialfaschismusthese führten mit der Frage nach der richtigen Bewertung des antifaschistischen Widerstands durch die Linke. Er bezeichnet den staatlichen Antifaschismus in der DDR als pure Heuchelei. Unter Stalin haben die Kommunisten den bürgerlich-demokratischen Staat als Hauptfeind angesehen, die Nationalsozialisten hätten nicht im Zentrum der kommunistischen Politik gestanden. Selbst die Bekanntmachung des Angriffszeitpunkts der deutschen Wehrmacht durch Mitglieder der Widerstandsorganisation "Rote Kapelle" habe Josef Stalin als Finte britischer Geheimdienste abgetan. Diese weitere Fehleinschätzung habe hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet.

Die Kritik zum Winkels an der Politik der Kommunisten in der Weimarer Republik und der Sowjetunion mag in Einzelteilen berechtigt sein. Wer sich mit der "Roten Kapelle" befaßt, darf nicht deren Verbindung zu "Nationalrevolutionären" übergehen. Die Argumentation, die Kommunisten hätten ihre Politik an der "Volksseele" vorbei betrieben, wird dadurch noch gefährlicher. Auf den Zwischenruf, was er denn unter "Volksseele" verstünde, reagierte zum Winkel verhalten. Er gesteht zu, daß der Begriff nicht ganz unproblematisch sei.

Doch das Geschäft mit der "Volksseele" sollte die Linke den Ludendorffern und dem rechten Flügel der Sozialdemokratie überlassen.

Um ihre ureigensten Aufgabe zu erfüllen, die Herrschaft von Menschen über Menschen abzuschaffen, muß die (radikale) Linke überall dort eine Praxis des Widerstands entwikkeln, wo die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft organisiert wird und herrschaftliche Strukturen installiert werden. Nationale Identität, Rasseideologien und Seelenwirtschaft sind Instrumente aus der Küche der Menschenfresser und keine Denksportübung für linke Analysen wert. ◪

### Mißerfolg für Fiedler

Einen Rückschlag erlitt der Göttinger NPD-Funktionär **Hans-Michael Fiedler** bei seinen "Anti-Antifa"-Bemühungen. Fiedler hatte versucht, durch seinen Anwalt, den REP-Funktionär **Klaus Kunze**, ein Verfahren wegen Beleidigung und Verleumdung gegen den VVN-Sprecher Volkmar Wölk zu initiieren. Dieser hatte in dem Buch "Der zweite Frühlung der NPD"u.a. geschrieben: "Fiedler begnügt sich nicht mit einer rein intellektuellen Tätigkeit für die verschiedensten neofaschistischen Gruppen. Es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, daß er aktiv am Aufbau von Schlägergruppen der NPD und von Wehrsport- und Terrorgruppen mitwirkt. (...) Fiedler selbst fiel bereits als Störer bei antifaschistischen Veranstaltungen auf, so z.B. in Hann.-Münden." Nach Prüfung des Quellenmaterials, das Wölk benutzt hatte, sah die Staatsanwaltschaft in Hannover keinen Grund zur Klageerhebung. Nach Unterlagen, die dem "Rechten Rand" zugespielt wurden, sind offenbar nicht nur AntifaschistInnen Gegenstand von Fiedlers Zorn. So bezeichnete er seinen ehemaligen Arbeitgeber, den Herausgeber der neofaschistischen Monatsschrift "Nation und Europa", **Peter Dehoust**, als "the small thinker aus Schwetzingen". Seinen langjährigen Mitstreiter, den Publizisten **Dieter Vollmer** (Schleswig) titulierte er, ebenfalls brieflich, als "alternde Tunte", die wunderlich werde. Sein damaliger BHJ-Kamerad **H. Voigts** war für ihn nur "der primitive Knecht aus Braunschweig in seiner Borniertheit". Sich selbst charakterisiert er in einem weiteren Brief: "Ich bin zwar gewohnt, politische Gegensätze in aller Schärfe auszutragen, trenne aber immer politisches von Persönlichem." Selbst seine politischen Freunde mögen das nicht so ganz glauben. Der rechtsextreme Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** stellt fest, daß Fiedler ungern mit anderen zusammenarbeitet, "sofern sie eigene Ideen entwickeln". Fiedler ist Vertreter des monarchischen Gedankens und sieht sich als solcher über jede Kritik erhaben. "Wenn Du Dir mal durch den Kopf gehen läßt", mahnt Rieger", "wer schon alles bei der Göttinger Runde war und jetzt nicht mehr kommt, kommt eine erkleckliche Liste zusammen. Keine Erfolgsbilanz."

Margret Jäger

# "Aus der Mitte der Gesellschaft..."

## Zu den Ursachen heutigen Rechtsextremismus

**Rechtsextremismus ist kein Randphänomen unserer Gesellschaft. Er entsteht aus der Mitte unserer Gesellschaft und wird von rechtsextremen Gruppen und Parteien aufgenommen und kanalisiert.**

Unter diesem Motto stand ein Colloquium, das Anfang November vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn durchgeführt wurde. Die VeranstalterInnen wollten mit dieser Tagung die Diskussion um die Entstehungsbedingungen ein Stück weiter voranbringen. Darüber hinaus war es aber auch ihre Intention, den Blick über den nationalen Zaun zu werfen, um so die Gesamtproblematik besser erfassen zu können.

Aus der Sicht des "Regulationsansatzes" unternahm Volker Heins (Frankfurt) den Versuch, die "Krise des Fordismus" mit einer möglichen weiteren Rechtsentwicklung "reagieren" zu lassen. Der Fordismus produziere durch immer neue Technisierungsschübe, durch die Naturzerstörung, wie auch durch seine Weltmarktorientierung, die eine ethnische Heterogenisierung der Bevölkerung begünstige, zahlreiche konfliktnahe Lagen. Diese entziehen sich nicht nur der älteren rechts/links-Polarisierung, auch die großen Parteien und Verbände werden die Quellen der politischen Identitätsbildung in einer Situation institutionell ortlos, die durch ansteigende Konfliktniveaus im sozialen Raum gekennzeichnet ist. Das Resultat dieser asymmetrischen Entwicklung (steigendes Konfliktniveau und Erosion des Politischen) ist ein breites Spektrum von parapolitischen Tendenzen sich sinnvoll diskutieren lassen."

Siegfried Jäger (Duisburg) analysierte den öffentlichen Diskurs des Rassismus in der BRD, dem er eine grundlegende Rolle im Ideologiegeflecht des Rechtsextremismus zuwies. Rechtsextremismus kommt ohne die rassistischen und sexistischen Einstellungen nicht aus, die er im Alltagsleben und -handeln der Menschen aufspürt. Damit sind die angeblichen wissenschaftlichen Theorien nicht aus der Verantwortung entlassen. Sie bieten sozusagen ein rationalisiertes Modell von Alltagsbewußtsein an und tragen so zur Stabilisierung undemokratischer Auffassungen bei.

Über die verschiedenen Formen von Rassismus ging es denn auch im Vortrag von Nora Räthzel vom Institut für Migrationsforschung in Hamburg. Sie richtete ihren Blick vor allem auf Erscheinungen des alltäglichen Rassismus, aus denen heraus sie erste (und vorsichtige) Konsequenzen für die Bekämpfung dieses Phänomens zu ziehen versuchte. So bestimmte sie die Qualität des alltäglichen Rassismus von unten, den sie von einem institutionellen Rassismus absetzte, als eine Form "rebellierender Selbstunterwerfung". "Wer rassistische Ideologien praktiziert, ähnelt dem Autofahrer, der im Wüstensand stecken geblieben ist und sich beim Versuch, durch exzessives Gasgeben herauszukommen, immer tiefer hineinfährt." Für eine antirassistische Arbeit bedeute dies, daß eine Strategie gegen Rassismus immer auch die Fähigkeit herausbilden muß, "die eigenen Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren". Nora Räthzel verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Ergebnisse praktischer Umsetzungen solcher Strategien mit Jugendlichen, die der Brite Phil Cohen in seinen Arbeiten beschreibt, die er als Entwicklung vom "empowerment" bei den Jugendlichen ansieht.

Mit einem weiteren Anknüpfungspunkt für rechtsextreme Ideologie beschäftigte sich Helmut Kellershohn (Duisburg). Er referierte über die aktuellen Kämpfe auf dem Feld des Nationalen und stellte dabei die Begrenztheit des Versuchs von Lafontaine heraus, einen linkspopulistischen "Gegendiskurs" gegen den offiziellen Nationalismus zu organisieren. Lafontaine spiele dabei die Rolle des Aufklärers, der den Nationalismus mit rationalen Argumenten begrenzen wolle. Die Entfremdungs- und Ohnmachtpotentiale spätkapitalistischer Gesellschaft als Quelle des Nationalismus lassen sich dadurch jedoch nicht aus der Welt schaffen.

Im Rahmen des Themenkreises "Rechtsextremismus und Rassismus in Westeuropa" analysierte Dr. Franz Januschek (Oldenburg) den rechtspopulistischen Diskurs in Österreich. Franz Januschek hat diesen Diskurs exemplarisch an sprachlichen Äußerungen und Redestrategien von **Jörg Haider**, dem Vorsitzenden der rechtslastigen FPÖ, untersucht und dabei herausgearbeitet, "daß die von Haider genutzten sprachlichen Verfahren gerade so beschaffen sind, daß sie ihre rechte oder rechtsextreme Wirkung nur entfalten, wenn die Rezipienten dabei mitspielen: Anspielung, Distanzierungen, Evokationen." Dieses Ergebnis bestärkt Januschek in seiner These, daß wir "heutzutage nicht mehr von der Fiktion persönlich intendierter Sprechhandlungen ausgehen" können. "Vielmehr nehmen wir solche Äußerungen in aller Regel nur als Fragmente wahr: Diese zirkulieren in unserer Medienöffentlichkeit, werden zwar bestimmten Personen als ihren verantwortlichen SprecherInnen zugeschrieben; aber in Wahrheit sind doch Journalist- und auch RezipientInnen in sehr wesentlichem Maße an diesen Äußerungen beteiligt." Und so war es auch nicht verwunderlich, daß Januschek's Studie selbst "eher zu einem Teil des von ihr analysierten (und kritisierten) Diskurses wurde, anstatt daß sie ihn hat aufbrechen können." In der Presse wurden seine Ergebnisse fast ausschließlich unter der Fragestellung aufgegriffen: 'Ist Haider ein verkappter Rechtsextremist oder nicht?' und dies, obwohl die Ergebnisse der Studie eine solche Fragestellung eigentlich nicht zuließen.





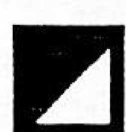


*Aus der Mitte der Gesellschaft: CDU- Wahlkampf 1990 in Berlin*

Dr. Karla Hielscher (Bochum) und Dr. Peter Ködderitzsch (Berlin/Ost) gaben Einblicke in rechtsextreme Bewegungen in der Sowjetunion und der ehemaligen DDR. Vor allem in der Sowjetunion, so wurde deutlich, konnten sich in den letzten Jahren rechtsextreme Orientierungsmuster in weiten Teilen der Gesellschaft etablieren. Dabei betonte Karla Hielscher die Bedeutung von Literatur für gesellschaftliche Entwicklungen, indem sie darauf hinwies, daß sich diese rechtsextreme Entwicklung bereits seit über einem Jahrzehnt vor allem in der russischen Literatur abspielt.

Im abschließenden Gespräch am "runden Tisch" wurde vor allem die Frage erörtert, wie sich die persönliche und politische Handlungsfähigkeit der Menschen stärken läßt, denn diese wurden von den TeilnehmerInnen als eine wichtige Bastion gegen offenen und verdeckten Rassismus und Rechtsextremismus angesehen. Dabei wurde auch die Rolle der Medien bei der Entwicklung von "Gegendiskursen" diskutiert.

Insgesamt wurden in den zwei Tagen des Colloquiums 13 Vorträge gehalten, was die Anwesenden teilweise arg strapazierte. Es ist aber vorgesehen, diese Beiträge (auch die hier nicht genannten) in einem Buch oder in mehreren Broschüren (als DISS-Texte) zu veröffentlichen. Bei Interesse gibt das DISS gerne weitere Auskünfte. (DISS, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg, Tel. 0203/20249)



BERICHT

Hartmut Power, Pingel und Hank Morgan

# "Ahnenstätte Conneforde"

## Völkischer Rassismus bis nach dem Tode

AntifaschistInnen müssen sich nicht nur um die aktuellen Auftritte der Stiefelfraktionen, wie sie die Männer und wenigen Frauen um Kühnen und Co. repräsentieren, sondern auch um die schon fast zum Alltag zählenden "kulturellen" Aktivitäten faschistoider Zirkel kümmern. Wo die völkisch-rassistische Ideologie zur Normalität des Lebens gehört, wo Faschisten schon sehr lange zum festen Bestandteil der Gesellschaft gehören und die bürgerliche Öffentlichkeit sie als wahre Kulturträger feiert, ist massiver und beharrlicher Widerstand vonnöten. Man muß da gar nicht in die Ferne (Vergangenheit) schweifen, das "Böse" liegt ja bekanntlich gleich um die Ecke. Der Arbeitskreis "Keinen Fußbreit den FaschistInnen" aus Oldenburg will am Beispiel verschiedener Kultstätten zeigen, was für antifaschistische Arbeit notwendig, aber noch nicht selbstverständlich ist.

Die 300 Einwohner zählende Ortschaft Conneforde liegt eine halbe Autostunde von Oldenburg entfernt im Nordwesten der Bundesrepublik. Sie ist Teil der Gemeinde Wiefelstede im Landkreis Ammerland. Ihre Entstehung verdankt sie dem Machtstreben der Grafen von Oldenburg, die um 1330 die Burg Conneforde an der Friesischen Heerstraße (Zugang zum Meer) am Übergang über den Fluß Wapel bauen ließen. Die Grenzfestung zu den benachbarten Friesen




diente als Tributabgabestelle für die nahegelegenen Kirchspiele. Mit weiterer Ausdehnung ihrer Herrschaft nach Norden wurde die Burg für die Oldenburger Grafen bedeutungslos. Um 1500 wurde sie deshalb abgebrochen, ihre letzten Überreste verschwanden 1966 bei der Begradigung der Wapel. Das heutige Conneforde ist ein typisches Landdorf, auf Campingtourismus und kurze Aufenthalte der Durchreisenden angewiesen. Für "Attraktionen" sorgt der Heimatverein Conneforde, der einmal im Jahr zur großen "Sonnenwendfeier" einlädt. Dann kommen in der Regel einige hundert ZuschauerInnen vorwiegend aus dem Nordwest-Raum nach Conneforde. Eine Fernsehsendung "Talk up Platt" (NDR 3, "das beste im Norden") und eine Live-Übertragung der Sonnenwendfeier durch Radio Niedersachsen 1986 machten die Ortschaft auch überregional bekannt.

### Revanchismus unterm Feuerschein

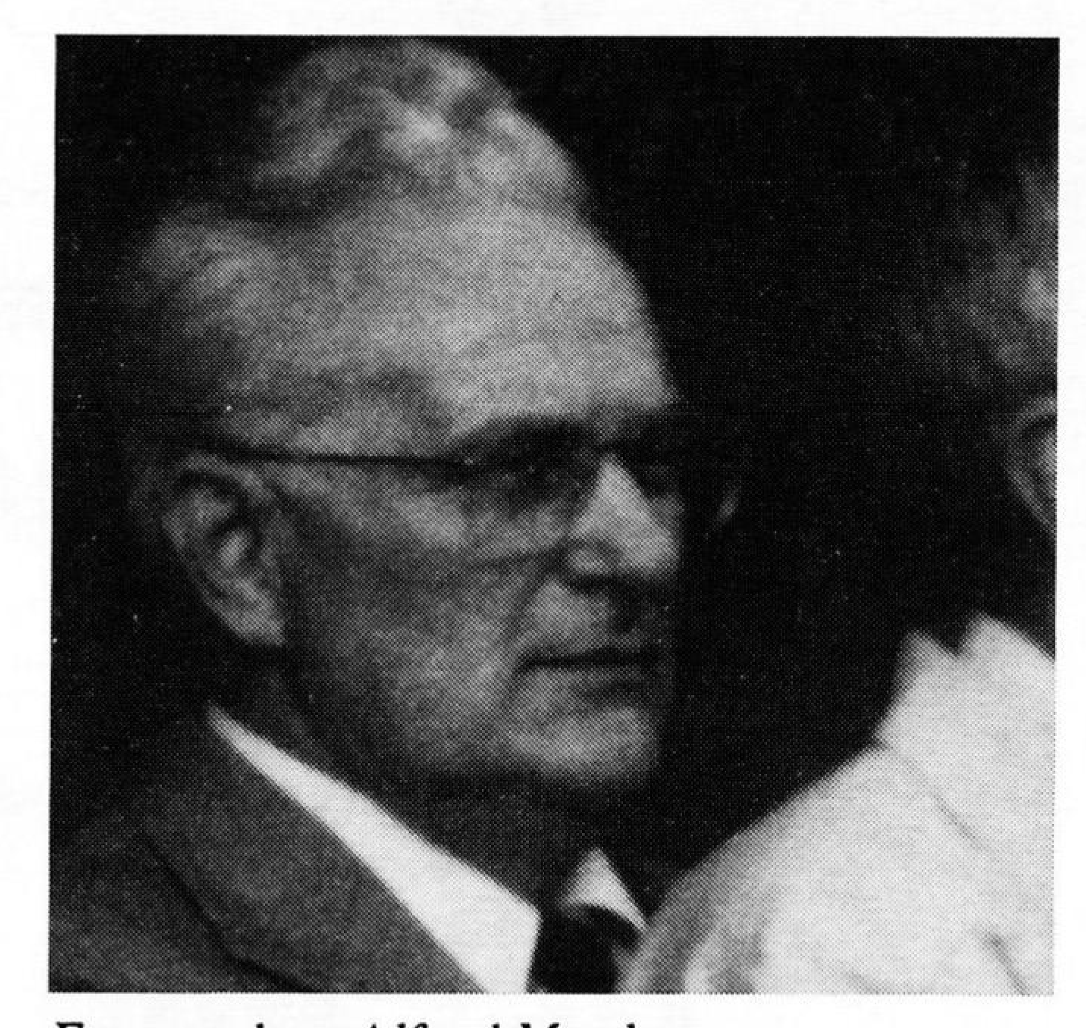
Im Jahre 1920 brannte das erste Sonnenwendfeuer auf dem Heinenberg bei Conneforde, entfacht von Teilnehmern des Vareler Lehrerseminars, Mitgliedern der Jugendbewegung. In den folgenden Jahren haben der Bauer **August Frerichs** und der Hauptlehrer **Theo Peters** für die Fortsetzung dieser Tradition gesorgt. Nach dem II. Weltkrieg wurde 1950 auf Anregung des Bauern und späteren Bürgermeisters **Dietrich Kreye** das Feiern der Sonnenwende wieder aufgenommen. " Dat liggt tobinnerst deep verwahrt, in usen Stamm in unse Art. Dat kommt ut ole Tieden her, wiether - wie weet't dat all nich mehr", dichtete der auch von den Nazis sehr geschätzte Hermann Claudius. Der Brauch der Sonnenwendfeier wurde in Conneforde dazu genutzt, revanchistisches Gedankengut öffentlich zu pflegen und eine Sehnsucht nach Großdeutschland zu erhalten. Jahr für Jahr wurden die Wappen Preußens und Ostdeutschlands zum Feuer getragen und das ganze als ammerländisches Brauchtum mit plattdeutschem Schnick Schnack verkauft und mit Steuermitteln finanziert.
Was früher nationalistisch gestimmte Lehrer, Anhänger der bündischen Jugend, in Conneforde begonnen haben und was so tief im Inneren verborgen liegen soll, dient heute völkisch-rassistischen Sekten zum Aufbau eines kulturpolitischen Renommees, das ihnen sonst nicht zukommt: die Ludendorffer des Bundes der Gotterkenntnis, die Deutschgläubige Gemeinschaft e.V., die Freigläubige Gemeinschaft und die Freien Humanisten. Die sammeln sich zur zweiten Sonnenwendfeier alljährlich im Dezember ("Wintersonnenwende") unter ihrem Logo "Irminsul-Säule".

### Totenkult auf neugermanisch

Am 2. November 1958 versammelten sich ca. 30 Frauen und Männer im Dorfkrug in Conneforde, um den Ahnenstättenverein zu gründen. Leiter der Gründungsversammlung war **Hans Dirks**. In den ersten Vorstand wurden der Bildhauer **Karl Burgath** (Heinhausen) und als Geschäftsführer der Landwirt **Günter Duhr** (Varel) gewählt. Dem Beirat gehörten **Gerd Brumund** (Conneforde), **Hermann Lüdken** (Neuenkruge), **Theile Suhren** (Varel) und **Emil Ebert** (Wilhelmshaven) an. 1965 übernahm Hans Dirks den Vorsitz, den er am 6. Juni 1968 aus Gesundheitsgründen wieder abgab. Sein Nachfolger wurde der Verwaltungsinspektor **Walter Daniel** aus Brake. Seit 1979 wird der Verein von **Hertha Ruge** (Jever) geleitet.
Über den Zweck des Vereins gibt die am Tage der Gründung verabschiedete Satzung Aufschluß, die leicht geändert, 1971 für die Zuerkenntnis der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt in Wilhemshaven genügte.
"Der Verein hat die Aufgabe, für seine Mitglieder würdige letzte Ruhestätten auf der Ahnenstätte Conneforde zu errichten und ihnen freie Gestaltung der Totenfeiern zu ermöglichen. In Ausnahmefällen können auch andere freigläubige Deutsche, die dem Verein angehören, auf der Ahnenstätte Conneforde beigesetzt werden." Nähere Einzelheiten regele die "Stättenordnung".

Nur echte Deutsche haben hier eine Gelegenheit, ihre letzte Ruhe zu finden. Aber auch nicht jeder "Deutsche" hat eine Chance: er muß freigläubig sein und - schaut man sich die Anlage genauer an - etwas vom heidnischen Germanentum verstehen.
Der "Ahnenstättenverein Conneforde" fügt sich ein in eine lange Tradition faschistischer Gruppen und Organisationen, die als völkisch- bzw. deutsch-religiös bezeichnet werden können. Sowohl deutsch-christliche, wie bei den Ludendorffern, als auch naturreligiös

neugermanische Anschauungen, wie bei der Artgemeinschaft, firmieren unter dem Dach dieser Teilfraktion des Faschismus.
Derartige Gemeinschaften entstanden zum größten Teil schon zu Beginn dieses Jahrhunderts, weshalb ihren Mitgliedern im gewissen Sinne zuzustimmen ist, wenn sie behaupten, sie unterschieden sich von dem historischen Nazismus. Seit ihrer Entstehung zeichnen sich diese extrem rassistisch und antisemitisch geprägten Religionsgruppen durch zahllose Spaltungen, Sammlungsversuche und ständige Namensänderungen aus. Der "Ahnenstättenverein" ist ein über die Einzelorganisationen herausragender kultureller und gemeinschaftsstiftender Verdichtungspunkt der völkischen Szene. Er unterhält u.a. Verbindungen zur "Deutschgläubigen Gemeinschaft" und zum "Bund für Gotterkenntnis" (Ludendorffer) (vgl. Festschrift zum 25jährigen Bestehen). Der Verein wird nach Aussage der 1. Vorsitzenden, Hertha Ruge, heute von den sogenannten "Freien Humanisten" dominiert, die sich vor einer kürzlich erfolgten Namensänderung noch "Freireligiöse Glaubensgemeinschaft" nannten. Aus den veröffentlichten Papieren des Oldenburger Verfassungsschutzmitarbeiters **Gottwald** ist bekannt, daß die "Freireligiöse Gemeinschaft" bis zuletzt von der NPD beeinflußt wurde. Dem verstorbenen Verpächter des Ahnenstättengeländes und Mitglied des Vereins Gerhard Brumund gehörten auch die Gaststätte Dorfkrug und ein Zeltplatz mit einem FKK-Gelände. Auf dem Zeltplatz fanden in der Vergangenheit Zeltlager der Jungen Nationaldemokraten statt, der Jugendorganisation der NPD. Der Betrieb eines FKK-Geländes mag in diesem Zusammenhang zunächst überraschen, wird jedoch verständlich, wenn man sich z.B. die Ideologie der schon erwähnten "Deutschgläubigen Gemeinschaft" näher ansieht. Letztere stellt sich dar als sog. "Innerer Ring" des 1911 von **Siegfried Reuter** gegründeten "Deutschen Ordens" und hieß bis zu seiner Umbennung 1916 "Deutschreligiöse Gemeinschaft". Die Ziele des Ordens waren nach Aussage der Organisationszeitschrift "Neues Leben, Monatsschrift für Deutsche Wiedergeburt" u.a. die "rassische Hochzucht in Zuchtgemeinschaften, Züchtungskunst und Nacktkultur". Auf der Ruhestätte des Ahnenvereins selbst sind führende Vertreter des deutschen Nachkriegsfaschismus beerdigt, wie z.B. **Hans Hertel**, der Begründer der "Deutschen Volksfront" und Mitglied des "Stahlhelm, Kampfbund für Europa" sowie Verfasser der Hetzschrift "Volk ohne Reich". Das Grab seines Namensvetters, des alten SS-lers und Landesvorsitzenden der DVU-Liste D in Bremen, **Heinz Hertel**, ist schon bereitet, er wird gleich neben ihm liegen. Ebenfalls seine letzte Ruhe fand hier **Addo Stegie**, Aktivist beim "Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) und Direktor der Fachhochschule für Elektrotechnik in Oldenburg. Seine Feuerrede wird in der Festschrift von 1983 dokumentiert.
"Dieses Fest der Wintersonnenwende, das unsere Vorfahren einst feierten, ist durch das Weihnachtsfest als Geburtsfeier Christi mehr oder weniger verdrängt worden, so wie alle germanischen Feste durch die Kirchen umgekehrt worden sind. (...) Unsere abendländische Kultur versinkt im Materialismus östlicher und westlicher Prägung. Das ist eine große Not, die noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht hat. Ernstlich darf man über diese Lage unseres Volkes gar nicht nachdenken. (...)."
Am 15. Dezember 1990 trat ein bekannter Faschist als Feuerredner in Conneforde auf: **Alfred Manke** aus Bassum. Manke und seine Frau Karin betreiben eine Druckerei und einen Versandbuchhandel. Einige Stationen seines über 30jährigen Wirkens seien kurz genannt: Engagement beim "Deutschen Block", Gründung und Mitarbeit beim "Freundeskreis Nationale Jugend", bei der Gründung der NPD und des "Arbeitskreises Volkstreuer Verbände" (1965, zusammen mit dem SA-Dichter **Herbert Böhme**) war er dabei, er nahm an der Aktion Widerstand (1970ff.) aktiv teil, war parteiloser Kandidat auf der NPD-Liste bei der Bundestagswahl 1972, war Mit-Organisator des "1. Nationaleuropäischen Kongresses" 1972 in Planegg, wurde Mitglied der "Gesellschaft für freie Publizistik" (1973), war aktiver Betreiber der Spaltung des DKEG und initierte den Aufbau der DKG (1978) und die "Norddeutschen Kulturtage", ist weiterhin Repräsentant der Deutschen Sektion der AFP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische (!) Politik, Sitz Wien), war "Feuerredner" bei Sonnenwendfeiern der Freireligiösen und Freien Humanisten 1989 in Dötlingen.


*Feuerredner Alfred Manke*

Ca. 150 Gesinnungsfreunde lauschten am 15. Dezember 1990 seinem zehnminütigem Beitrag. Während der Tafelrunde im alten Dorfkrug war zu erfahren, daß die Mitgliederzahl beim Ahnenstättenverein ansteige. Zu den bisher 500 Mitgliedern kämen pro Monat 5 dazu. Man habe auch zusätzliche Grundstücke erworben.
Durch den "Ahnenstättenverein" und andere Projekte gelang der völkisch religiös-faschistischen Szene eine starke Einbindung in die regionale Struktur der Heimatvereine und damit die Schaffung einer Aura von Unverdächtigkeit und Respektabilität. Laut einer Info-Broschüre des Vereins nehmen auch Gemeindevertreter von Wiefelstede an den stattfindenden Feierlichkeiten des Vereins teil und waren bei der einen oder anderen Baugenehmigung hilfreich engagiert.
Das Beispiel Conneforde zeigt, wie falsch und unzureichend die gängige Perspektive ist, Faschismus auf den historischen Nazismus und die entsprechenden Nachfolgeorganisationen einzuschränken. Der Faschismus aus der satten Mitte der Gesellschaft wird dabei sträflich vernachlässigt. Genau hier finden nämlich sowohl die Bewahrung als auch die theoretische Modernisierung des Projektes Faschismus im Kapitalismus statt oder wie der Sektenexperte Friedrich Wilhelm Haack es zutreffend formuliert:
"Von auch zahlenmäßig kleinen Gemeinschaften können trotzdem Denk- und Handlungsanstöße ausgehen, die eine große Zahl von Menschen betreffen (...) Ein kleiner (...) Personenkreis ideologisiert und denkt stellvertretend für eine große Zahl von Menschen."

## Repräsentant und Organisator regionaler Kultur

Vorsitzender des Heimatvereins Conneforde e.V. war bis 1984 der bekennende Ludendorffer Hans Dirks aus Westerstede. Der 1912 in Nordenham geborene Dirks war von 1954 bis zum 1. August 1973 Lehrer in Westerstede, zuletzt Konrektor an der Hössenschule. Was die Sonnenwendfeier für ihn bedeutet und welchen Sinn sie in der heutigen Zeit haben kann, beschreibt er in dem mit öffentlichen Mitteln des Landes Niedersachsen geförderten Buches " Brauchtum im Oldenburger Land" (Oldenburg: Holzberg 2.Aufl. 1984).
"Immer war die Sonnenwendfeier ein Zeichen der großen Gemeinschaft. Man legte Wert darauf, daß die Feuer - von einem zum anderen weit sichtbar waren. Auch die Regelmäßigkeit der Feier war und ist gemeinschaftsbildend."
Dirks appelliert an das Innere des Menschen, der sich seiner Sache ganz hingeben muß. Woran soll der Teilnehmer an der Sonnenwendfeier in seinem tiefsten Innersten denken? Auch darauf gibt Dirks eine Antwort:
"Wenn in alten Zeiten bei der Sonnenwende Rat gehalten wurde, so ist es auch heute sinnvoll, das Schicksal unseres geteilten Volkes und unserer verlorenen Heimat sowie das Gedenken an die Gefallenen in die Feier einzubeziehen. Jeder natürlich denkende Mensch - gleich welchen Glaubens - kann teilhaben an der Feier der Sonnenwende. ..."
Dirks Kunst- und Kulturverständnis ist nicht nur seine ganz persönliche Marotte. Es ist auf die Ideen von **Mathilde Ludendorff** ausgerichtet.
"Ganz gewiß sind viele oder gar die meisten Werke kulturellen Schaffens von dem Ahnen-erbgut des Künstlers bestimmt. Darüber hinaus gibt es aber Werke, bei denen das Ahnenerbgut weniger erkennbar und die persönliche Eigenart des Schaffenden meist bedeutungsvoller ist. Und schließlich gibt es Kulturgüter, die das Wesen aller Erscheinung in so hervorragender Weise Ausdruck verleihen, daß sie Angehörigen aller Völker nacherlebbar sind." (Mein Standpunkt (1969), H.1, S.7)
Dirks war von 1961 bis 1981 Verleger und Herausgeber der monatlich erscheinenden , Publikation "Mein Standpunkt. Gedanken zur Zeit", einer Schrift der Ludendorffer. Zutiefst germanisch benutzte er nicht die "lateinischen" Monatsnamen, sondern die "deutschen" also statt Januar "Hartung", statt Februar

"Hornung" usw.. In regelmäßigen Abständen finden sich Lobhudeleien auf Mathilde Ludendorff. Die Rückseiten der Ausgaben zeigen Dirks' Deutschlandbild, das weit über die BRD und DDR hinausgeht und Teile Polens, der Sowjetunion, Belgiens und Österreich, Südtirol, Elsaß-Lothringen einschließt. Wer es erst 1989 erfuhr, bei Dirks konnte es jeder schon vor 30 Jahren Monat für Monat lesen: "Wir sind ein Volk" von der Maas bis an die Memel, vom Etsch bis an den Belt. Sein Buchversand führte überwiegend völkische und ludendorffsche Literatur.

Hans Dirks hat ein richtiges Kulturnetz über das Ammerland und Oldenburg ausgeworfen. Er engagierte sich für die "Georg Ruseler Gesellschaft", setzte sich für das Plattdeutsche beim "Heimatbund für niederdeutsche Kultur e.V. De Spieker" ein, war Mitbegründer des "Heimatvereins Conneforde e.V.". Seine Freunde, die Ludendorffer hat er nie im Stich gelassen und diese wiederum haben seine Werke immer freundlich in ihrem Vereinsblatt "Mensch und Maß" rezensiert.

Dirks Sohn Detmar, Realschullehrer im Großraum Oldenburg beteiligte sich mit Beiträgen an "Mein Standpunkt". Er hat sich auf das Plattdeutsche Erbe konzentriert und - wie man der Lokalpresse im November 1984 entnehmen konnte - auch öffentliches Lob eingeholt.

In der Öffentlichkeit wurde das Bild des selbstlosen, liberalen und toleranten Kulturpflegers geprägt. Insbesondere die selber rechtslastige Lokalpresse (NWZ) hat daran mitgestrickt. Im Mai 1987 bekam Hans Dirks eine Auszeichnung der "Oldenburgischen Landschaft" (einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, gefördert aus Steuermitteln) "für seine Verdienste um die Wahrung des kulturellen Erbes des Landes Oldenburg". Am 30. Juni 1988 verlieh ihm der damalige Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) den Niedersächsischen Verdienstorden am Bande für seine ehrenamtliche Heimatarbeit.



*Das Deutschlandbild des Hans Dirks*

Um welche Kultur Hans Dirks bemüht war und ist, und wofür er so viel öffentliches Lob und Geldmittel bekam, verdeutlicht die 20-seitige Broschüre aus der Schriftenreihe des Niederdeutschen Heimat- und Kulturvereins "Schmelztiegel Europa oder Europa der Völker?" (1989) Darin lehnt Dirks vom völkisch-rassistischen Standpunkt "jegliche Verschmelzung der Völker" ab, weil sie das "Ende der Völker, der Vielfalt bedeute." ◪

## Bewegung am rechten Parteienrand

Der seit 1971 amtierende NPD-Vorsitzende, **Martin Mußgnug**, trat Mitte Dezember zurück, um die Verantwortung für das schlechte Wahlergebnis der NPD zur Bundestagswahl zu übernehmen und den "Weg zu einer Erneuerung der demokratischen Rechten" freizumachen. Nachfolger wurde sein ehemaliger Vize, der bayrische Landesvorsitzende **Walter Bachmann**.

Finanziell scheinen die Reserven der NPD ausgeschöpft zu sein. Bachmann spricht von einer "existenzbedrohenden Krise" durch das Verfehlen der Kostenerstattungsgrenze bei den Bundestagswahlen und bettelt für ein "sofortiges Notopfer NPD".

Erheblich schwerwiegender als die finanziellen Probleme dürfte das Ausbluten der Partei durch eine Abwanderung zahlreicher Mitglieder zu der am 20. Januar gegründeten "Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte"(DA-VR) sein, die von ehemaligen "Republikanern" aus dem Umfeld des geschaßten bayerischen REP-Landesvorsitzenden **Harald Neubauer** ins Leben gerufen wurde. Neben Neubauer werden der ehemalige stellvertretende NPD-Parteivorsitzende **Jürgen Schützinger** und der Rechtsanwalt **Johannes Pauli** als gleichberechtigte Vorsitzende genannt. Im Gründungsvorstand sind Martin Mußgnug und der rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilte Ex-"Republikaner" **Franz Glasauer** vertreten. Mit dem Herausgeber des neofaschistischen Monatsmagazins "Nation und Europa", **Peter Dehoust**, wurde ein einflußreiches Vorstandsmitglied gewonnen.

Die schnelle Gründung dürfte bei den verbleibenden NPD-Funktionären, die ein langsameres Vorgehen favorisierten, ebenso wie bei dem neofaschistischen Pressezaren **Gerhard Frey** auf Unwillen stossen. Der hatte kurz vor der Gründung noch einen Führungsanspruch für eine Sammlungsbewegung geltend gemacht. Schließlich habe er 25.000 DVU-Mitglieder in eine solche Bewegung einzubringen. Im Gründungsvorstand der "Deutschen Allianz" blieb Frey dennoch ohne Berücksichtigung.

Neubauer kündigte im Verlauf der Gründungsversammlung an, daß sich die DA-VR gegen Ende des Jahres als Partei konstituieren und dann auch an Wahlen teilnehmen werde. Dabei hoffen die Initiatoren offenbar, daß sich die Zerfallsprozesse bei "Republikanern" und NPD zu ihren Gunsten beschleunigen werden.

## Keine Berührungsängste

Stolz konnte das neurechte Magazin "MUT" in der Dezember-Nummer einen neuen Autoren ankündigen. Der "SPD-Linke" Peter von Oertzen (66) hatte dem Blatt seinen im SPD-Pressedienst veröffentlichten Beitrag "Braucht Deutschland eine Hauptstadt" zur Verfügung gestellt. Auf Nachfrage des "Rechten Randes" erklärte Oertzen, der Mitglied im SPD-Parteivorstand ist, daß er über den Charakter der Zeitung informiert gewesen sei. Er sei prinzipieller Verfechter der Pressefreiheit und Gegner "politisch polizeilicher Quarantänemaßnahmen". Er lehne die inhaltlichen Positionen der Rechtsextremisten ab, habe aber dennoch keine Berührungsängste, erklärte von Oertzen. Er habe schließlich auch schon stalinistischen Publikationen Beiträge zur Verfügung gestellt, obwohl er diese für gefährlicher halte. Schon Ende der sechziger Jahre habe er die unpopuläre Meinung vertreten, daß die NPD keine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung sei und deshalb keiner Beobachtung unterliegen dürfte.

Eine Ausnahme stellen für von Oertzen die militant-rassistischen Gruppierungen und Publikationen dar, denen würde er keine Beiträge zur Verfügung stellen.

Anton Maegerle

# Der treue Partisan Ludwig Gehm

"Der Schutzhäftling Ludwig Gehm geb. am 23. Februar 1905 in Kaiserslautern hat vom 17. Januar 1939 bis zum heutigen Tage im Konzentrationslager Buchenwald eingesessen" und wird zum 22. Juni 1943 nach Gotha (Sammeltransport zum Truppenübungsplatz Heuberg -Ers.-Batl.999) entlassen.

Erstmals im November 1990, 47 Jahre seit seiner Überführung vom KZ Buchenwald in das Strafbataillon 999, betritt der ehemalige KZ-Häftling Ludwig Gehm, Nr. 2245, mit einer 30-köpfigen Delegation des Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt, wieder den Ort seiner 4 1/2jährigen Internierung.

Sein Lebenslauf, von der Journalistin Antje Dertinger im Buch "Der treue Partisan" akribisch aufgezeichnet, ist ein Stück lebendige Zeitgeschichte.

1933 war Ludwig, aktives Mitglied des "Internationalen Sozialistischen Kampfbundes" (ISK), der später in der SPD aufging, gut vorbereitet in den politischen Widerstand gegangen. Es folgten Kurierdienste, Sabotage, Transport von Gefährdeten ins Ausland, Beschaffung von Informationen - und - unweigerlich die Folgen dieser Tätigkeit während der Nazi-Diktatur: Verhaftung, Verhöre, Verurteilung, Zuchthaus, Konzentrationslager Buchenwald, mit dem Strafbataillon 999 nach Jugoslawien und Griechenland, Desertion und Partisanenkampf auf griechischer Seite, britische Kriegsgefangenschaft in Ägypten, Heimkehr nach Frankfurt 1947.

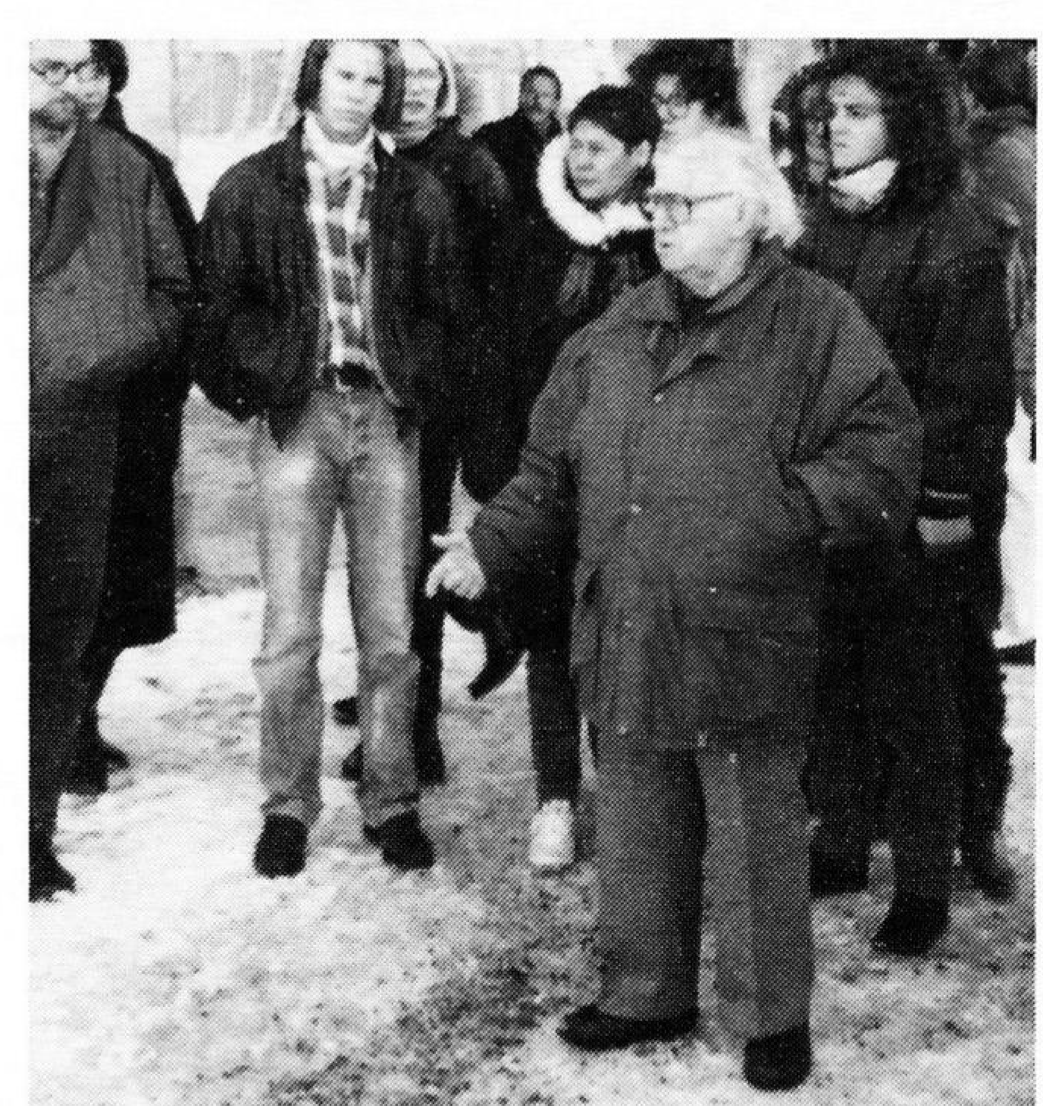
Ludwig, zwischenzeitlich mit den höchsten Auszeichnungen geehrt, welche die Stadt Frankfurt und das Land Hessen zu vergeben haben, berichtet uns, daß das KZ Buchenwald, wenige Kilometer von Weimar entfernt, einst eines der ersten großen Konzentrationslager auf deutschem Gebiet war. Weit über 65.000 Menschen fanden in den acht Jahren von Juli 1937 bis April 1945 durch Hunger, Folter, medizinische Experimente, Exekutionen sowie auf den Evakuierungsmärschen 1945 den Tod. Inhaftiert waren in Buchenwald während seines Bestehens ca. 250.000 Menschen aus 35 Ländern.

Neuschnee liegt in Buchenwald. Uns allen ist an diesem späten Novembertag trotz Winterkleidung kalt. Ein schneidiger Wind bläst in die geröteten Gesichter. Manche sind enttäuscht: Viel ist "von damals" nicht mehr zu sehen: Das Eingangstor mit dem sinnigen Spruch "Jedem das seine", Umzäunungen, das Krematorium, dessen Leichenberge Ludwig bis heute nicht vergessen hat. Viele denken an die letzte Nacht zurück. Die Unterbringung im "Hotel Ettersberg", einer ehemaligen SS-Mannschaftskaserne. Wie Ludwig da wohl geschlafen hat?

Wir stehen auf dem riesigen Appellplatz. Weimar liegt greifbar nahe. Hier mußte Ludwig bei seinem Einzug nach Buchenwald am 19. Januar 1939 um 4 Uhr morgens erstmals zum Morgenappell antreten. Auf dem Weg zum noch erhaltenen Krematorium können wir auf der einen Seite des Zaunes die Reste des SS-Zoos sehen. Auf der anderen Seite wurden in einem besonders abgegrenzten Lager über 2000 polnische Häftlinge im Winter 1939 in Zelten eingepfercht, ihnen direkt gegenüber - im Angesicht der Häftlinge- wurden die Tiere im SS-Zoo gehegt.

Was mußte Ludwig hier alles erleiden - und welche Solidarität durfte er hier erfahren! Niemals werden wir seine Schilderungen über eine Foltermethode vergessen, der er hier ausgesetzt war: das berüchtigte "Baumhängen": Aufgehängt an den auf den Rücken gedrehten, zusammengebundenen Armen. Eine schreckliche Tortur. Danach war er drei Monate arbeitsunfähig und hat nur deshalb überlebt, weil er von seinen Kameraden im Block 39 versteckt und gefüttert wurde. Später, wieder arbeitsfähig, muß er Installationspläne für ein geplantes KZ in Tiflis anfertigen. Ludwig: "Schon die Stempel 'Konzentrationslager Tiflis' waren fertig." Doch die Nazi-Wehrmacht kam dann doch nicht soweit.

Von der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald erfährt Ludwig, aktiver Widerstandskämpfer und Partisan, in britischer Kriegsgefangenschaft. Am 11. April 1945 nutzten bewaffnete Kampfgruppen der Häftlinge den Angriff amerikanischer Panzerspitzen für die Befreiungsaktion. 21.000 Häftlinge, die aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen inhaftiert waren, überlebten das ihnen zugedachte Ende der "Vernichtung durch Arbeit".



*Ludwig Gehm bei einer Führung*

## Himmlers "Lieblings-Projekt": die Wewelsburg

Die Wewelsburg, ca. 20 km südwestlich von Paderborn gelegen, ist ein weiteres Ziel unserer antifaschistischen Rundfahrt. **Heinrich Himmler**, Reichsführer der SS, plante aus der Burg, den Mittelpunkt einer von der SS beherrschten "germanischen" Welt zu errichten. Himmlers Ziel war, auf der Burg eine "neu-germanische"Tradition zu schaffen und sie selbst zum Mittelpunkt einer pseudoreligiösen "nationalsozialistischen Glaubenspflege" zu machen. Die Vermutung, daß die Wewelsburg auf den Überresten einer sächsischen Wallburg steht, veranlaßten den okkultgläubigen Himmler, die Wewelsburg zum scheinreligiösen Kultzentrum und zur Repräsentationsstätte der SS-Gruppenführer auszubauen. Um sein "Lieblings-Projekt" ohne Kontrolle des Schatzmeisters der NSDAP verwirklichen zu können, gründete Himmler 1936 die "Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler e.V.", die als Bauträger und Finanzier (Kredite in Millionenhöhe durch die Dresdner Bank) fungierte, während die Bereitstellung der notwendigen Arbeitskräfte durch die Errichtung eines Konzentrationslagers in Wewelsburg gesichert wurde. Nach dem Krieg sollte der Ausbau der Wewelsburg, die auch Aufbewahrungsstätte des Ordenssymbols "Totenkopfring" war, aus den Gewinnen der SS-Häftlingsbetriebe finanziert werden.

Wie in Buchenwald ist von den Überresten des 1000-jährigen Reiches in Wewelsburg (Dorf und Burg tragen den gleichen Namen), kaum noch etwas zu sehen. Kurz vor der militärischen Befreiung vom Hitlerfaschismus sprengte ein SS-Sonderkomando unter Führung von Heinz Macher, Hauptsturmführer der Waffen-SS, auf Befehl Himmlers am 31 März 1945 die Burg, deren Aufbau ca. 11 Millionen Reichsmark verschlungen hatte. Sie wurde bis auf die Außenmauern zerstört. Vom 1979 abgeschlossenen Wiederaufbau der Burg ist nur der Nordturm im Original erhalten geblieben. Zu besichtigen ist dort, neben dem mit Sonnenrad und Sig-Runen-Strahlen geschmückten "Obergruppenführersaal" im Erdgeschoß, auch die sogenannte "Walhalla" im Keller, an deren Decke sich ein Hakenkreuz mit in Sig-Runen auslaufenden Balken befindet. Bei der "Walhalla" handelt es sich um einen Kultraum, den Häftlinge des angeschlossenen KZ Niederhagen/Wewelsburg errichten mußten. Das KZ selbst diente von April 1942 bis März 1943 als Exekutionslager für die Gestapoleitstelle in Westfalen und Lippe. Schätzungsweise 1285 der rund 3300 KZ-Häftlinge überlebten das Lager, das mit Wirkung vom 1. September 1941 selbstständig wurde und somit das kleinste KZ bildete.

Von Wulff Brebeck, Leiter des Kreismuseums Wewelsburg erfahren wir, daß vom 11. bis 15. Juni 1941 in der Wewelsburg eine SS-Gruppenführertagung stattfand, bei der Himmler die "Notwendigkeit" der Ausrottung von 30 Millionen Menschen im Osten begründet haben soll.

Einig waren sich alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen der antifaschistischen Rundfahrt des Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt darin, rechtsextremen Bestrebungen wachsam entgegenzutreten und sich aktiv für den Ausbau der Demokratie einzusetzen. Lebendiges Vorbild wird uns dabei Ludwig Gehm sein, dessen ungebrochene politische Zuversicht und Mut uns den Glauben an die Menschlichkeit auch nach Buchenwald und Ausschwitz wieder nähergebracht hat.

Winfried Holzinger

# "...ein durchaus geeigneter SS-Führer"

## Etwa Paulinus Dickopf, Begründer und Präsident des Bundeskriminalamtes von 1965 bis 1971



*Paul Dickopf bei seiner Verabschiedung als Präsident des BKA*

Am 23. Juni 1975 entfernten Handwerker unter dem Schutz von 200 bewaffneten und behelmten Polizisten vom höchsten Gebäude der Oldenburger Universität den Schriftzug "Carl von Ossietzky-Universität", den Namen des damals fast vergessenen Friedensnobelpreisträgers, der in dem Moor-Konzentrationslager Esterwege bei Oldenburg gequält wurde und der 1938 an den Folgen der Haft starb. Die Erinnerung an diese Vergangenheit hat der Polizei keine Zurückhaltung auferlegt, sie war wieder der verläßliche Helfer der Herrschenden. Waren es hier immer noch die Geister der Vergangenheit, die wir nicht losgeworden sind?

Die Geschichte des Nationalsozialismus und die der nationalsozialistisch geprägten Polizei endete nicht am 8. Mai 1945. Sie reicht in unsere Republik hinein. Sie zeigt, daß alte Herrschafts- und Machtstrukturen in die demokratische Zeit hinübergerettet wurden. Ein großer Teil von Menschen, die unter der Nazi-Herrschaft wichtige Funktionen inne hatten, bekleideten schon kurz nach der Gründung der neuen Republik wieder hohe Ämter, brachten ihren "Geist" ein und gaben ihn weiter. Viele der ehemaligen Beteiligten der Mordmaschinerie tauchten unter und verschafften sich neue Identitäten, viele stellten sich gegenseitig Leumundszeugnisse aus, sogenannte Persilscheine (auf die Einwohnerzahl umgerechnet, muß jeder zweite Erwachsene einen Persilschein vergeben haben, so viele wurden zur Entlastung vorgelegt.) und viele umgaben sich mit einer Legende. Verantworten mußten sich nur wenige.

Hier wird das abenteuerliche Leben des Paul Dickopf vorgestellt, des Begründers und Präsidenten des Bundeskriminalamtes von 1965 bis 1971.

**Paulinus Dickopf**, geboren 1910, wollte eigentlich Oberförster werden. Wegen der Einführung des numerus clausus wurde er jedoch nicht an der Hochschule angenommen. 1932 begann er ein Rechtsstudium, das er 1937 wieder abbrach, um in die Reichskriminalpolizei einzutreten.

Zuvor trat er 1933 in den Nationalsozialistischen Studentenbund ein. 1934 und 1935 versah er freiwilligen Militärdienst beim Infanterieregiment am Amberg. 1934 erwarb er das SA-Sportabzeichen (Nr. 186108). 1936 bewarb sich Paul Dickopf bei der deutschen Reichskriminalpolizei.

Er wußte von den Einstellungsbedingungen wie der unbedingten politischen Zuverlässigkeit, der SS-Fähigkeit und der Angehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen. Am 1.6.1937 trat er als Anwärter für den leitenden Kriminaldienst in die Kriminalpolizei ein. Vom 12.10.1938 bis zum 1.7.1939 befand er sich, zusammen mit Gestapo-Leuten, auf dem Kriminalkommissars-Lehrgang (13. KKA-Lehrgang) an der Führerschule der Sicherheitspolizei in Berlin-Charlottenburg, Schloßstr. 1.

Dort wurde er zum Kriminalkommissar mit SS-Dienstgradangleichung befördert und zum Untersturmführer im Sicherheitsdienst ernannt. 1939 wurde er von dem SS-Brigadeführer Otto Hellwig nach Charaktereigenschaften, Haltung, Auftreten und Wissen "als durchaus geeigneter SS-Führer beurteilt".

Die praktische Ausbildung von Dickopf als Kriminalkommissar erfolgte in Frankfurt. Auf Veranlassung von **Paul Werner** (Stellvertretender des Chefs der Reichskriminalpolizei, **Artur Nebe**) übernahm er ab 1939 die Leitung des kriminalpolizeilichen Erkennungsdienstes für das Land Baden in Karlsruhe. Noch 1939 wurde Dickopf zur militärischen Abwehr (Abwehr/Ausland als Teil der Wehrmacht unter **Canaris**) übernommen. Je nach Bedarf und Zweckmäßigkeit konnten Kriminalbeamte des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA, Vorgänger des BKA) zu jeder Zeit zur Wehrmacht eingezogen werden. Sie wurden dann "kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter der militärischen Abwehr" (1944 wurde dem RSHA die Funktion und das Personal der Abwehr übertragen, seit 1939 war **Heydrich** Leiter des RSHA, wo er sich 1940 selbst zum Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommissions (IKPK)-Präsidenten - vergleichbar mit Interpol - ernannte und deren Sitz nach Berlin verlegte.).

Von 1940 bis 1942 war Paul Dickopf offiziell und nachweisbar unter Canaris in der Abwehrstelle Stuttgart tätig. Er hatte die Aufgabe, Erkundigungen über fremde Polizeiorganisationen und Nachrichtendienste einzuholen, wobei sich die neutrale Schweiz anbot, in der besonders die Deutschen und Amerikaner operierten.

Im Sommer 1942 meldete sich Dickopf beim Leiter der Gegenspionage (Abt.III), Oberst **v. Bentivegni**, Zentrale der Abwehr in Berlin. Dort erhielt er den Auftrag, einen selbständigen Posten in der Schweiz zu übernehmen. Die notwendige Schulung hierzu erfolgte in Paris. Ende August 1942 hielt sich Dickopf in Frankreich auf, von September 1942 bis 1943 war er bei Bekannten in Brüssel.

1942 will Paul Dickopf angeblich in das Ausland geflohen sein. Von 1942 bis 1947 tauchte er unter verschiedenen Alias-Namen u. a. hauptsächlich in der Schweiz auf. Am 16.4.1943 tauchte der Name Paul Dickopf im Deutschen Fahndungsbuch der staatlichen Geheimpolizei ohne Angaben von Gründen auf. 1944 soll er auf Betreiben des SD offiziell als "Deserteur" behandelt worden sein. In seiner SS-Karteikarte wurde folgender handschriftlicher Vermerk gefunden: "Gegen den Obengenannten, der als vermißt gemeldet ist, besteht Haftbefehl". Der Vermerk stammt vom 23.10.1944. Zu diesem Zeitpunkt war die Abwehr unter Canaris bereits vom RSHA übernommen worden.

Nach dem Krieg war Paul Dickopf Berater der US-amerikanischen Militärregierung in Deutschland für kriminalpolizeiliche Angelegenheiten. 1945 bewarb er sich für den Dienst bei der Kriminalpolizei in Hessen, ist aber in diesen Landesdienst nicht eingetreten. 1946 stellte Paul Dickopf die Weichen,

die ihn dann mit amerikanischer Unterstützung wieder in den deutschen kriminalpolizeilichen Dienst bringen sollten. 1950 wechselte er in das Bundesinnenministerium über; er wurde dort 1951 Regierungsrat und Kriminalrat. 1952 wurde Dickopf Leiter des BRD-Zentralbüros der Interpol und 1953 Oberregierungsrat im BKA Wiesbaden. Von 1957 bis 1964 war er Leiter der Abteilung Ausland und Chef der Interpol im BKA. Von 1965 bis 1971 war Paul Dickopf Präsident des BKA, wobei er von 1968 bis 1972 auch gleichzeitig Präsident (wie ehemals sein Chef und Geldgeber Heydrich) von Interpol war. Am 29.6.1971 wurde Dickopf durch den damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher im BKA als Präsident verabschiedet.

Paul Dickopf war maßgeblich der Begründer des BKA; seit 1947 bemühte er sich um die Gründung, ab 1949 arbeitete er nur noch ausschließlich dafür. Seine intimen Kenntnisse über die deutsche Polizei und ihre nationalsozialistische Vergangenheit waren ihm eine große Hilfe. Er nutzte dabei alle Mittel und war auch nicht gerade zurückhaltend im Einsatz dieser Kenntnisse. So warf er z.B. dem Dr. **Niggemeyer** (er war Bewerber für das Präsidentenamt des BKA) seine Tätigkeit beim SD und bei der Feldpolizei (Polen und Frankreich) im 3. Reich vor, obwohl beide damals aus der gleichen Kasse bezahlt wurden. Dr. Niggemeyer wurde ab 1954 Leiter des kriminalistischen Instituts.

Es deutet alles darauf hin, daß die angebliche Flucht Dickopfs im Jahre 1942 eine konstruierte Agentenlegende war. Es wird vermutet, daß Dickopf im Auftrag des SD in den Untergrund abgetaucht ist. Der amerikanische Journalist Young, der Zugang zu Unterlagen eines US-Senatskomitees nach 1975 hatte, wird hierzu in der Haagse Post vom 19.2.77 zitiert: "Young war mit der Dickopf-Legende nicht zufrieden: Denn es ist ausgeschlossen, daß ein verschwundener SS-Offizier erst zwei Jahre später auf die Fahndungsliste gesetzt wird. Und die ungenaue Fluchtroute über Paris und Brüssel in die Schweiz - weil Paris und Brüssel noch keine sicheren Städte für SS-Offiziere waren - konnte ihn wenig überzeugen."

Dickopf behauptet, ab September 1942 sein Vermögen nach Belgien transferiert und dort in Gold eingewechselt zu haben. Nach den damaligen Verhältnissen war dieses jedoch unmöglich und wurde als Kriegswirtschaftsverbrechen mit dem Tode bestraft. Dickopfs "Flucht" verlief von Paris aus, über Brüssel in die Schweiz. Auffallend war jedoch dabei, daß er sich weder in Paris noch in Brüssel wie ein von der Gestapo verfolgter Deserteur benahm. Auch die Flucht in die Schweiz erweckte den Eindruck, daß es sich hier um eine konstruierte Agentenlegende handelte. Dieses läßt sich jedoch nicht nachweisen.

Das Gehalt an seine in Deutschland lebende Frau wurde bis zum 31.1.1944 gezahlt. 1943 war er zweimal illegal unter verschiedenen Namen in die Schweiz eingereist und erhielt jeweils Asyl. Er lebte zu dieser Zeit in Lausanne. Am 8.8.1944 wurde er als deutscher Spion dort festgenommen und erhielt, nach einer Untersuchungshaft in Bern, erneut Asyl, diesmal unter seinem richtigen Namen. Er will mit der Schweizer Bundesbehörde zusammengearbeit haben. Eigentlich unmöglich, denn das wäre dem SD aufgefallen.

Angeblich im Februar 1944 lernt er über das Schweizer Büro OSS (Schweizer Geheimdienst) seinen Freund und Helfer, **Francois Genoud**, als V-Mann kennen. Er soll ihm angeblich zur Flucht nach Frankreich verholfen haben. Auch hier scheint es sich um eine Legende zu handeln. Genoud wird zur Schlüsselfigur im Leben von Paul Dickopf. Diesen muß er jedoch schon bereits seit 1942 kennen. Genoud soll bereits 1939 für Canaris Abwehr gearbeitet haben.

Bei Genoud handelte es sich um einen überzeugten SS-Mann und Nationalsozialisten. Die Freundschaft zu Genoud soll die Nach-



*Ex-Chef Reinhard Heydrich*

kriegsjahre noch überdauert haben. Genoud soll der SS angehört haben und wird heute als führendes Mitglied der "Schwarzen Nazi-Internationale" benannt. Während des Krieges und danach hat er sich um das illegal erworbene Vermögen der Nazigrößen gekümmert. Zu dieser Zeit hat er Nazi-Gelder auf Schweizer Nummernkonnten verschwinden lassen. Heute bestehen Erkenntnisse, daß er Terroristen im Nahen Osten und in Europa kontrolliert. Hätte ein solcher Mann einem Gegner des Nationalsozialismus, wie angeblich Paul Dickopf, zur Flucht verholfen?

1943 lebt Dickopf in Lausanne bei seinem Freund Genoud und dem dort auch wohnenden syrischen Agenten **Menudhin Daud**. Genoud hat in Lausanne seinen Nachtclub "Oasis" zu einem Treffpunkt für Agenten zwischen dem nahen Osten und Nordafrika eingerichtet. Er soll die Operation "Odessa" (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen für deren Flucht nach Lateinamerika) finanziert haben.

1944 lebte Paul Dickopf in Bern. Bern war zu dieser Zeit Spionagezentrale vieler Geheimdienste. Dort arbeitete der OSS und die deutsche Abwehrgruppe I.H.West in der schweizer Organisation, die unter der Leitung von **Dr. Fritz Albert** aktive Aufklärung gegen fremde Heere im Westen betrieb. Dickopf nahm mit Dr. Albert Termine wahr. Daß er demnach noch 1944 mit der deutschen Abwehr zusammengearbeitet hat, scheint gesichert. Dr. Albert wurde 1945 als Spion aus der Schweiz ausgewiesen. Es besteht der Verdacht, daß Dickopf für alle Geheimdienste als sogenannter Trippelagent gearbeitet hat. Ende 1944 stand Dickopf im Dienste der Amerikaner. 1945 stand er auf einer Liste des britischen Geheimdienstes. Hierbei ist fraglich, wieso, da er bereits schon mit den Amerikanern zusammengearbeitet hat, dieses nicht bis zu den Briten durchgedrungen war. 1946 plant Dickopf für die Amerikaner die Organisation eines antikommunistischen Nachrichtendienstes.

Wenn die Flucht des Paul Dickopf in die Schweiz eine Legende war, stellt sich die Frage, welche Aufgabe er dort hatte. Bekannt ist, daß von 1944 an die NS-Eliten Fluchtwege angelegt hatten. Ihr Kapital flüchtete ihnen voraus. Fluchtländer war neben Portugal und Argentinien auch die Schweiz. Die Freundschaft mit Genoud und dessen Tätigkeitsfelder bieten eine Erklärung für Dikkopfs Legenden an.

Dickopf hat nach 1945 verschiedene Lebensläufe verfaßt, die unterschiedlichste Erklärungen zu seinem Leben abgaben.

Schon 1937 erklärte er, daß es sein Ziel sei, "mit Hilfe einer Stellung in der Kriminalpolizei einen kleinen Teil des staatlichen Machtapparates zu erobern". Den 13. KKA-Lehrgang besuchten 1938/1939 neben Dickopf u. a. auch **Rolf Holle** (später Abteilungspräsident im BKA), **Kurt Griese** (später Regierungskriminaldirektor im BKA), **Gerhard Freytag** (später Regierungskriminalrat im BKA) und **Rudolf Thomsen** (später Regierungskriminalamt im BKA). Diese Charlottenburger Seilschaft fand sich nach 1945 wieder zusammen, um sich maßgeblich an der Errichtung des Bundeskriminalamtes (BKA) zu beteiligen.

Die Referate der Anwärter des Charlottenburger Instituts zeigten, wie sehr sie die Ideologie des NS-Staates anerkannten und wiedergaben. Von der Charlottenburger Führerschule spricht man heute nur noch hinter vorgehaltender Hand, denn viele von ihnen, darunter auch Kriminalpolizisten, beteiligten sich an den berüchtigten "Osteinsätzen der Polizei", die man damals als "Verschikkung nach Polen" bezeichnete. Viele Kriminalisten prostituierten sich dabei in der Quälerei um die Gunst der NS-Machthaber. Es war schon erstaunlich, wie kriminalbiologische Wissenschaftler und Kriminalisten nach 1945 ihre Meinungen änderten. Absolventen dieser Schule waren mit diesen Gruppen echte Tötungskommandos. Ihnen fielen ca. 300 000 Juden zum Opfer. Es gibt einige, die sich noch sehr gut an das traurige Kapitel dieser Osteinsätze erinnern können. Paul Dickopf und Rolf Holle haben sich zu diesen Themen nie geäußert.

Beide verschweigen auch die eigene Rolle im RSHA. Die nie geführten Prozesse gegen das RSHA haben später verhindert, die Zusammenhänge der Beamten mit den Staatsverbrechen aufzudecken. Sie wären der täglichen Planung des Völkermordes überführt worden. Sie hätten bewiesen, daß der Täter der normale, mausgraue Staatsapparat war. Die "Endlösung" hat nicht erst an der Rampe von Auschwitz begonnen; jede Dienststelle der Kriminalpolizei oder der Schutzpolizei konnte Vorbeugehaft oder die Einweisung in ein KZ anordnen bzw. veranlassen. Dieses war durch **Himmler** in den unzähligen Erlassen geregelt.

Das RSHA gab eine 15bändige Schriftenrei-

he heraus, die damals jedem Polizisten zur Verfügung stand. Im Band 15 waren die Anschriften aller Konzentrationslager einschließlich der Telefonverzeichnisse vorhanden. Sie gaben jedem Polizisten die Möglichkeit, vom Mikrokosmos auf den ganzen NS-Staat zu schließen. Was hat sich der Polizist beim Lesen gedacht, als er erfuhr, wie mit Zigeunern, Juden, Homosexuellen umgegangen wurde, wie Konzentrationslager organisiert waren?
Im ersten Nürnberger Prozeß wurde die gesamte SS zur verbrecherischen Organisation erklärt. Hätten die alliierten Richter 1945/46 schon den inneren Aufbau der SS durchblickt, dann wäre vermutlich auch die Ordnungspolizei zu einer kriminellen Organisation erklärt worden. Doch rund 4000 SS- und SD-Beamte dieser Polizei konnten schon kurz nach dem Krieg wieder die Uniformen der Polizei im demokratischen Staat anziehen. Dieses ist auch eine Erklärung, wieso die Polizeifahndungs- und Beobachtungsaufgaben im Zusammenhang mit NS-Verbrechen vernachlässigten bzw. unmöglich gemacht wurden.
In seinen Lebensläufen hat Dickopf sich nie vollständig offenbart. Viel Dichtung war mit wenig Wahrheit gepaart, so daß aus ihnen nicht einmal nachweisbare Lüge entstand. Der Schleier um seine Person wird nur zu lüften sein, wenn Unterlagen des schweizerischen und des us-amerikanischen Geheimdienstes offengelegt werden.

Quellen:
1. Die kalte Amnestie, NS-Täter in der BRD; Jörg Friedrich
2. Himmlers grüne Helfer; Heiner Lichtenstein
3. BKA, die Reise nach Beirut; Dieter Schenk
4. Die BKA-Story; Armand Mergen



# Das Allerletzte: Naziarzt Jürgens läßt arbeiten

Offenbar verhilft der "gute Landarzt" **Uwe Jürgens** (59) aus Bergen (Kreis Celle) niedersächsischen Staatsbeamten zu - bezahlten - Überstunden. Wie Mitte Januar in Hannover bekannt wurde, hat der wegen rechter Wehrsportaktivitäten seit Ende der 70er Jahre auffällige Sohn des Sanitätsrates Dr. Johannes J. (30.01.99 bis 02.08.82) aus Fürstenberg/Havel (Ex-DDR) immer noch nicht den Löffel - pardon: den weißen Arztkittel - abgeben müssen.
Noch im Oktober vergangenen Jahres sah es so aus, als ob Jürgens kriminelle Machenschaften nunmehr von Polizei und Justiz gestoppt würden. Das NDR-Fernsehmagazin "extra drei" enthüllte den Mißbrauch von drogenabhängigen PatientInnen in der Arztpraxis. Eidesstattliche Versicherungen von Jürgens-Opfern über die faschistoiden Obsessionen des Möchte-gern-Mengele aus der Südheide ließen Öffentlichkeit und Justizkreise aufhorchen.
Insbesondere Annemarie Lüning, Staatsanwältin in Celle, ließ gegenüber den Autoren des NDR-Beitrages durchblicken, sie wolle aufgrund der neuen Hinweise zum "Fall Jürgens" nunmehr "endlich" juristisch zur Strecke bringen. Seit Jahren schon, so die Staatsanwältin auf Anfrage, ermittele man gegen ihn. Vorwürfe: Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung usw. und so fort. Stichhaltige Beweise habe es bisher allerdings nicht geben.
Ein rundes Dutzend potentieller KronzeugInnen stehen den Strafverfolgungsbehörden gegen Jürgens zur Verfügung. Zumeist junge Frauen, hübsch und heroinkrank, die zum Teil über Jahre von Jürgens "ärztlich betreut" wurden bzw. noch werden. Als Gegenleistung für die Vergabe von Kodeintabletten (remedacen u.a.) erwarte Jürgens, so die vorliegenden Aussagen, gewisse "Gegenleistungen".
"Wenn man nicht so wollte, wie er wollte, dann kam nichts", sagte die langjährige Patientin und frühere Geliebte des Jürgens, Granitza F. aus Bergen, bereits im am 11. Oktober 1990 ausgestrahlten NDR-Beitrag. Selbst Rechts-Anwalt **JÜrgen Rieger**, von Gesinnungsfreund Jürgens beauftragt, vermochte diese Aussage nicht zu entkräften. Im Gegenteil: Per Beschluß vom 18.12.90 verbot eine Zivilkammer des Landrichts Hamburg (AZ.: 324 0 661/90) dem Naziarzt Jürgens "gegenüber der Öffentlichkeit die Behauptung aufzustellen und/oder entsprechende Behauptungen Dritter zu verbreiten", die NDR-Leute hätten unsauber gearbeitet.
Doch wer nach Sendung des "extra drei"-Beitrages davon ausging, Ärztekammer und Staat würden Jürgens jetzt das Handwerk legen, hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Offenbar hat der kriminell gewordene Landarzt so starke "Freunde", daß er sich sogar die Neueröffnung seiner Praxis in Niedersachsen leisten konnte.
Seit dem 15. Januar jedenfalls, so eine Anzeige in der "Celleschen Zeitung", steht der "Arzt für Allgemeinmedizin" seinen Kunden wieder in vollem Umfang zur Verfügung. Noch im Oktober hatte "Weißkittel" Jürgens vor Gericht behauptet, nicht mehr als Arzt zu arbeiten. Als Beleg dafür legte er dem Vorsitzenden Richter Jürgen Kunkis (Große Strafkammer LG Lüneburg) sogar eine entsprechende Meldung beim Arbeits- bzw. Sozialamt vor. Ein Möchte-Gern-Sozialhilfeempfänger mit Rezeptblock. Ein erfolgreicher Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

**Wolfgang Becker**